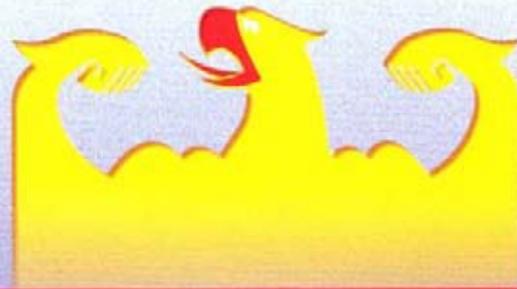


Hans Domizlaff



Die

**Geburtsfehler
der
Demokratie**

als Herrschaftsform

**Eine massenpsychologische
Untersuchung**

Die vorliegende Veröffentlichung

»Variationen über das Thema Demokratie«

ist das VII. Kapitel des Hauptwerkes

Hans Domizlaffs

»DIE SEELE DES STAATES - REGELBUCH DER ELITE«

An die Reichstreuen

Manuskriptdruck - Hamburg 1957

Variationen über das Thema Demokratie

Bei allen Diskussionen über das allgemeine Wohl werden die größten Schwierigkeiten der Verständigung immer durch undefinierbare Schlagworte verursacht. Lange Zeit hindurch sprach

man autoritativ von dem Nationalsozialismus als Heilsbringer, und es galt als ein strafwürdiges Verbrechen, daran zu zweifeln. Schon die Frage, was man gemeinhin unter Nationalsozialismus verstehen soll, genügte zur persönlichen Verdächtigung, obwohl es niemals gelungen ist, hierfür eine sinnvolle Formel aufzustellen. Man begnügte sich mit der Erklärung, daß man den wahren Nationalsozialismus nicht mit Worten erklären, sondern nur wie eine Offenbarung erleben könne, sofern man ein Arier sei. Schließlich mündeten alle Deutungsversuche in die Grundbedingung einer gläubigen Verehrung für Adolf Hitler, denn Psychosen sind tatsächlich nicht mit Worten zu verteidigen, und deshalb klammern sie sich an Fetische.

Das Schlagwort Demokratie zeugt für einen ähnlichen psychoseartigen Untergrund, denn es ist ebenfalls nicht einfach zu definieren. Die allgemeine Verwirrung wird noch dadurch erhöht, daß es anscheinend zahlreiche Varianten gibt, die sich gegenseitig das Recht auf Verwendung des Wortes absprechen. Man könnte wiederum mit einigem Erfolg dafür in Deutschland die vereinfachende Behauptung setzen, daß Demokratie die Anerkennung der jeweils zur Zeit gültigen Regierungsanschauung sei. Die gleiche Behauptung erheben jedoch auch die Briten, Franzosen, Amerikaner und Russen, obwohl sie alle vier unzweifelhaft untereinander nicht die geringste Übereinstimmung zeigen. Da sie nun alle vier in ihren Einflußbereichen sehr um rückhaltlose Anerkennung ihrer Autorität besorgt sind, scheint das von ihnen im Wettbewerb benutzte Wort ideell genau so charakterlos zu sein wie die Worte Faschismus, Kommunismus usw.

Auch heute ist es in Deutschland wieder gefährlich, nach grundsätzlichen Gesichtspunkten zu fragen, denn die Freiheit der denkselfständigen Meinungsbildung ist unvermindert illusorisch. Die philologische Übersetzung des Wortes Demokratie, das heißt Volksherrschaft, ist unbrauchbar, denn daß eine Volksmasse sich niemals selbst beherrschen kann, dürfte im Laufe der letzten Jahrzehnte einigermaßen deutlich geworden sein.

Daß eine Regierung der Volkswohlfahrt dienen soll, soweit diese im Einklang mit den persönlichen Interessen der Regierungsbeauftragten steht, ist von jeher, außer in sagenhaften Despotien, überall unbestritten gewesen, sowohl in den Monarchien als auch in den so genannten totalitären Staaten und in den Republiken. Die Erfolge waren allerdings sehr verschieden, und es kann nicht widerlegt werden, daß die monarchisch gelenkten Regierungen des 19. Jahrhunderts eine größere Entfaltungsmöglichkeit der persönlichen schöpferischen Energien gestatteten als die gegenwärtigen Demokratien, in denen sich der politische Ehrgeiz hinter sehr viel mehr Konzessionen an die Verständnislosigkeit der vermeintlichen Öffentlichkeit verstecken kann.

Wenn danach heute jemand auf die Unsinnigkeit der gegenwärtigen Regierungsvorstellungen hinweist, so kann er sicher sein, daß seine Widersacher ihn mit der Behauptung zu diffamieren suchen, er sei ein Feind der Demokratie. Ein solcher Vorwurf ist nicht nur ebenso gegenstandslos wie ehemals die Anklage eines antinationalsozialistischen Verhaltens, sondern auch ebenso gefährlich. Da es sich wiederum nur um ein Schlagwort handelt, ist es gar nicht möglich, seine Unschuld zu beweisen. Auch die Nationalsozialisten behaupteten, jede ehrliche Meinungsäußerung zugelassen zu haben, sicherlich vielfach mit der gleichen Überzeugung wie heute die vielen Demokratien, die vorgeben, den Willen des Volkes tatsächlich als Richtschnur für das Gemeinschaftsleben interpretieren zu können. In der

politischen Praxis gilt jedoch eine öffentliche Willensbekundung nur soweit als statthaft, wie sie mit der offiziellen Meinung übereinstimmt, und zwar immer mit der gleichen höchst einfachen Begründung, daß abweichende Meinungen keine anderen Deutungen als Dummheit, Unehrlichkeit oder verbrecherische Zielstrebigkeit gestatten.

Es ist nicht Sache der Reichstreuen, sich mit Schlagworten auseinanderzusetzen, und es hat auch keinen Zweck, die Behauptung zu widerlegen, daß die gegenwärtige Regierung dem Willen des Volkes entspricht, aber es ist doch notwendig, sich von Denkrätheiten zu befreien und den Schlagworten kein längeres Dasein zu gestatten, als mit den Hoffnungen auf eine gründliche Reform vereinbar ist. Revolutionäre Auflehnungen tragen niemals Früchte und bleiben immer ohne Dauerwert, so daß es sich nicht empfiehlt, das Wort Demokratie öffentlich zu bekämpfen, aber dagegen die unheilvollen Versuche einer Verwirklichung utopischer Ideen, wie sie in der Gegenwart mit angeblich demokratischen Prinzipien vorgenommen werden, einer sachlichen Kritik zu unterziehen.

1. Demokratie soll die Form einer Volksgemeinschaft sein, in der es keine Untertänigkeit der Mitglieder und keinen Selbstzweck des Staates gibt. Diese Idee widerspricht allen

Voraussetzungen einer produktiven Zusammenarbeit und den Entstehungsursachen jeder Volksgemeinschaft sowie der Menschennatur.

Gedacht ist ein freiwilliger Zusammenschluß denkselfständiger und materiell unabhängiger Menschen, für die der Staatsgedanke sich auf eine genossenschaftliche Zweckerfüllung mit dem Endziel einer höchstmöglichen Befriedigung privater Interessen beschränkt.

Das scheint durchaus sinnvoll oder doch praktisch möglich zu sein, aber tatsächlich ist die Zahl denkselfständiger Menschen viel zu gering, und die private Interessenverflechtung ist in einer durchentwickelten Volksgemeinschaft so vielgestaltig, daß dem einzelnen nur ein sehr kleines Maß an funktioneller Unabhängigkeit gestattet bleibt. Aus diesen Gründen hat es sich im Dasein der Völker immer wieder als unvermeidlich herausgestellt, mit wirkungsvoller Deutlichkeit ein Staatsinteresse zur Geltung zu bringen, das sich der individuellen Nützlichkeitskritik entzieht; denn nur auf diese Weise kann eine ausreichende Bindungskraft für das Gemeinschaftsleben gesichert werden. Die Neigung zum Selbstzweck des Staates stellt sich immer automatisch ein; denn sie ist naturgesetzlich und kann nie gelegnet, sondern nur dirigiert werden.

2. Ein Staat, der nicht bis zu einem gewissen Grade einen Selbstzweck sinnvoll machen läßt, gerät in Verfall.

Es ist in der Natur so eingerichtet, daß alle nüchternen Erwägungen der Zweckmäßigkeit durch Bindungen des Gefühls ergänzt werden müssen, wenn die Zielstrebigkeit einen Dauerwert gewinnen soll. Eine Ehe, die durch Fortpflanzung den Bestand der Familie sichern soll, bedarf zur Festigung einer Gattenliebe, die nicht errechenbar ist. Ein Unternehmer, der ein Wirtschaftsreich gründet, muß auch mit seinem Herzen beteiligt sein und unter Umständen aktuelle persönliche Vorteile zurückstellen sofern er damit eine langfristige Existenzmöglichkeit erhofft. Deshalb muß auch einem Staat das Recht einer Eigengesetzlichkeit zuerkannt werden, die in gefühlsmäßigen Verpflichtungen über alle privaten Zweckerrechnungen hinaus zum Ausdruck kommt.

Sicherlich gibt es Staatsstrukturen, deren Selbstzweck au; Überalterung oder Fehlentwicklung unzeitgemäß geworden ist und nicht mehr den gleichfalls berechtigten Nützlichkeitsforderungen der Mitglieder genügt, aber die Beseitigung eines über• steigerten staatlichen Selbstzweckes darf niemals zu einer grundsätzlichen Ablehnung des rein gefühlsmäßigen Nationalbewußtseins führen. Sobald die kurzsichtige menschliche Vernunft

sind allein über die Sinngebung des Staates entscheidungsbefugt glaubt, geht jede staaterhaltende Opferbereitschaft verloren genauso wie eine Familie zerfällt, wenn die Liebe und das Zusammengehörigkeitsgefühl zueinander aufhören.

3. Demokratische Vorstellungen sind Idealisierungen einer staatlichen Lebensgemeinschaft, die den Sehnsuchtsbildern höchst ehrenwerter Menschenfreunde entsprechen, aber sich im schroffen Gegensatz zum Volksinstinkt befinden.

Die Geschichte lehrt, daß die unteren Volksschichten eine; Klassenstaates zwar Unzufriedenheit zeigen können, wenn ihr Entwicklungsraum unerträglich eingeengt wird, aber daß sie niemals von sich aus den Gedanken zum Ausdruck bringen, eine Beteiligung an der Staatsführung beanspruchen oder sogar selbst die Herrschaft im Sinne einer Demokratie übernehmen zu wollen. Eher das Gegenteil ist der Fall; denn die Volksmassen sind immer bereit, sich irgendeinem Führer ohne Einrede willig unterzuordnen, wenn sie glauben, von ihm richtig regiert zu werden. Auf dieser Unselbständigkeit beruhen die Schwankungen jedes revolutionären Strukturwandels; denn das Untertänigkeitsbedürfnis kann von vielen demagogischen Konkurrenten ausgenutzt werden, so daß jede Sozialrevolution von einer Art Bruderkrieg der Revolutionäre begleitet wird.

Die demokratische Idealisierung einer Volksgemeinschaft ist ausschließlich eine Erfindung einzelner Theoretiker, die in ihrem privaten Dasein nicht ausgelastet sind und eine philosophisch begründete Ethik an Stelle religiöser oder staatshierarchischer Tugendbegriffe ihren Vorstellungen vom Menschen zugrunde legen. Sie erhoffen, mit Hilfe von Erziehungsprogrammen alle Menschen auf die gleiche Ebene heben zu können, auf der sie selbst ihren primitiven Egoismus zugunsten eines Altruismus wahrer Menschenfreunde wenigstens teilweise überwunden zu haben glauben.

Der Irrtum hinsichtlich der Erziehbarkeit oder auch nur Denkfähigkeit des weit überwiegenden Teiles ihrer Volksgenossen führt regelmäßig zu gewaltigen Enttäuschungen. Der Volksinstinkt lehnt eine Mitverantwortung an der Regierung stets ab und verweigert jede Verpflichtung zu Denkselbständigkeit. Die Denkarbeit überlassen die Durchschnittsmenschen am liebsten denjenigen, die sich hierfür am aufdringlichsten anbieten. So kommt es, daß die idealistischen Argumente der moralphilosophischen Volksbeglucker von listigen Demagogen zu Schlagworten ausgeprägt und für den hemmungslosen Wettkampf um Gefolgschaften mißbraucht werden.

4. Mit den wenigen Ausnahmen selbständiger Denker, die ihre primitiven Triebwünsche zu zügeln gelernt haben und daher auch für einen regellosen Lebenskampf ziemlich untauglich geworden sind, gibt es keine Menschen, die sich selbst zu beherrschen vermögen und die somit eine wahre Demokratie ermöglichen könnten.

Volksherrschaft heißt Selbstbeherrschung des Volkes, und das ist utopisch. Die Menschen werden nicht durch Ermahnungen, sondern nur durch psychisch oder physisch zwingende Umstände ausgerichtet, die sie niemals selbst zu schaffen vermögen, sondern zu beseitigen oder zu überwinden suchen. Sogar das denkbar idealste Menschenmaterial für eine Demokratie setzt die Zweiteilung in Lehrer und Schüler voraus, so daß sich schon hieraus mit der Unmöglichkeit, jemals die Lehrzeit zu beenden, eine undemokratische Klassifizierung ergibt.

5. Der demokratische Gedanke ist ein Wunschtraum, in den sich idealistische Weltverbesserer und triebchwache Menschen aus der harten Wirklichkeit flüchten.

Die menschliche Natur bedarf zu ihrer Ausentwicklung des Stachels der Unzufriedenheit mit den jeweils vorhandenen Verhältnissen. Die Weltordnung hat dafür gesorgt, daß eine immerwährende Folge von Notzuständen für die Erhaltung und Steigerung der Lebenskräfte in Wirkung bleibt. Die Zielstellungen des Triebwillens ergeben sich aus Sehnsuchtsbildern einer erhöhten Lebensbefriedigung, die zumeist praktisch unerreichbar sind, aber überhaupt erst eine fortschrittliche Entwicklung anleiten, durch die sich die Menschen von den fast ausschließlich auf ihrer Lebensstufe beharrenden Tieren unterscheiden.

Im Allgemeinen beschäftigen sich dabei nur wenige Mitglieder einer Volksgemeinschaft mit Führungsfragen, denn die meisten sind viel zu sehr mit privaten Sorgen belastet. Greifen jedoch die Regierungsprobleme in einem besonders bedrohlichen Maße in die privaten Zielstellungen ein, und das geschieht vor allem bei plötzlichen Veränderungen der gewohnten Verhältnisse und durch den Zwang zu gedanklichen Umstellungen, so entsteht eine Art der Unzufriedenheit, für die keine gegenständlichen Sehnsuchtsbilder geformt werden können, weil ihre Problematik dem Vorstellungsvermögen und dem Erfahrungsbereich der einzelnen Volksmassen zumeist entzogen bleibt. Stattdessen werden ziemlich kritiklos irgendwelche von Menschenfreunden mit glaubhaften Gemeinschaftsinteressen verkündete Ideen der Weltverbesserung aufgegriffen.

Es ist nahe liegend, daß Vorschläge zur totalen Abschaffung einer übergeordneten Regierung, die zur Hauptsache nur durch lästige Steuern, Polizeiverordnungen und zahlreiche Einschränkungen verspürbar ist, dem Unverstand der Volksmassen zeitweise - bis zur unvermeidlichen Enttäuschung - empfehlenswert erscheinen und den Wunschtraum erzeugen, in voller persönlicher Freiheit die Gemeinschaftsfragen zu regeln. Das ist jedoch schon deshalb unmöglich, weil alle Voraussetzungen der Sachkunde und der Handhabung politischer Gegebenheiten fehlen, so daß allein dieser Grund ausreicht, um die ewige Untertänigkeit zu erklären.

6. Es ist noch niemals mit demokratischen Ideen ein Staat oder auch nur eine Volksgemeinschaft gegründet worden, sondern es handelte sich in der Geschichte immer nur um revolutionäre Verbesserungsideen einer bereits vorhandenen Gemeinschaftsstruktur. Sobald eine staatliche Regierungsform aus inneren oder äußeren Gründen lebensschwach geworden ist, meldet sich der uralte demokratische Wunschtraum als Ausweg aus lästig empfundenen Verhältnissen. Die berühmten Beispiele der Schweiz und der amerikanischen Pseudodemokratien, die von Anfang an den Anschein einer echten demokratischen Neugründung erweckten, sind Irrtümer; denn sie entstanden regelmäßig in Opposition zu vorhandenen Regierungsformen, die sich als überlebt oder allzu unbeliebt erwiesen hatten. Der demokratische Gedanke ist niemals staatsbildend, und was in der Schweiz oder in Amerika sichtbar wurde, waren keine Demokratien, sondern Republiken, deren Grundlagen der Ordnung und Befehlsausübung von allem Anfang an eindeutig patriarchalisch, aristokratisch oder plutokratisch, also von einer bevorrechtigten Oberschicht bestimmt wurden. So verhielt es sich auch mit den Republiken im alten Athen und im alten Rom.

7. Demokratien sind niemals langfristig lebensfähig gewesen.

Die heutigen demokratischen Musterbeispiele, die Schweiz und die USA, die in Wahrheit patriarchalisch, aristokratisch oder plutokratisch regiert werden, haben den Irrtum ihres demokratischen Grundgehaltes dadurch hervorgerufen, daß sie neuerlich der Infektionskraft des demokratischen Wunschtraumes zu unterliegen beginnen. Man kann sicher sein, daß sich bei ihnen die Alternative wiederholt, die Athen nach dem Sturz des Perikles untergehen ließ und die Rom in eine kaiserliche Despotie drängte. In der Schweiz nagt der Zeitgeist an den Wurzeln der Tradition, und die Befugnisse eines Präsidenten der USA sind autoritärer als in den vergangenen konstitutionellen Monarchien.

Das Ende der deutschen Demokratie von 1918 war der Anfang zur Despotie Hitlers, und das Ende der deutschen Demokratie von 1945 ist vorläufig der staatsethische Zerfall. Eine Demokratie lebt nur so lange, bis die ethischen und organisatorischen Werte der ihr vorangegangenen Staatsordnungen aufgezehrt sind.

8. Das deutsche Volk hat vor 1918 niemals ernstlich daran gedacht, sich für eine demokratische Staatsform zu entscheiden.

Seit den revolutionären Ereignissen in Frankreich zum Ausgang des 18. Jahrhunderts gab es viele Intellektuelle, die für eine Neuordnung schwärmten und nach neu entdeckten antiken Vorbildern in der Mitte des 19. Jahrhunderts auch in Deutschland Unruhen veranlaßten. Trotz der dringend notwendigen sozialen Fortschritte blieb die Masse des Volkes innerlich davon unberührt. Nach der Reichsgründung 1871, die ein echtes Sehnsuchtsziel des Volkes war, verstummten sogar die republikanischen, das heißt keinesfalls wirklich demokratischen Propagandaversuche. Auch 1918 blieb der monarchische Gedanke anfangs so selbstverständlich, daß sich sogar der allgemein anerkannte Sozialistenführer Ebert offen dazu bekannte. Nur weil die Fürsten versagten, mußte die Hoffnung auf eine natürliche Weiterentwicklung konstitutioneller Monarchien aufgegeben werden. Statt einer allmählichen Erweiterung des parlamentarischen Verantwortlichkeitsbereiches und einer Ausreifung verlässlicher Formen zum Zweck einer erhöhten Geltendmachung sozialer Sehnsuchtsbilder erzwang der demokratische Wunschtraum eine illusorische Totalität der Machtübernahme, für die außer den naturgesetzlichen auch alle personellen Voraussetzungen fehlten. Leider wird es nicht möglich sein, die öffentliche Meinung in Deutschland wieder auf eine Anschauungsweise zurückzubringen, wie sie der Zeit vor 1914 entsprach, um daran eine gesunde, stetige Entwicklung anknüpfen zu können; denn dafür ist inzwischen die Kluft des Fortschritts zu groß geworden; aber eine richtige Demokratie wird in Deutschland niemals ein gegenständliches Sehnsuchtsbild sein, sondern immer nur ein Wunschtraum wirklichkeitsfremder Theoretiker oder ein trügerisches Propagandamittel ehrgeiziger Demagogen.

g. Die Schlagworte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bedingen eine endlose Kette strittiger Auseinandersetzungen, was darunter verstanden werden soll.

Die persönlichen Interessenverflechtungen sind in einer durchentwickelten Volksgemeinschaft derartig vielgestaltig und wegen des Spezialistentums so unlösbar, daß es weder zu einer erhöhten Freiheit noch zu einer wirklichen Brüderlichkeit und vor allem niemals zu einer echten Gleichheit kommen kann. In jedem einzelnen der unzähligen Fachgebiete muß es stets Zuständigkeiten, Befehlsbefugnisse, Verantwortlichkeiten, Kritikverbote und Gehorsamsverpflichtungen geben. Das ganze komplizierte Gebäude der Zusammenarbeit würde sehr schnell auseinander brechen, wenn jedermann in jeder Sache über seine spezielle Berufung hinaus ein Mitbestimmungsrecht ausüben würde, und sei es auch nur in personellen Fragen.

In der Politik kann es sich nicht anders verhalten, und infolgedessen pflegen politische Diskussionen in einer Demokratie unfachlich und praktisch unfruchtbar zu sein. Sie bedeuten eine ungeheuerliche Kraft- und Zeitvergeudung, wie es immer der Fall ist, wenn sich Laien in fachliche Dinge einmischen - noch dazu ohne für ihre Torheiten zur Verantwortung gezogen werden zu können - oder wenn Staatsführungen ihre Maßnahmen auf ein laienhaftes Verständnis abstimmen müssen.

10. In Demokratien gilt die Zweckvernunft als das einzige zulässige Kriterium in allen Angelegenheiten des Staates, so daß die in der staatlichen Tradition enthaltenen Naturgesetzlichkeiten bedenkenlos oder gedankenlos verleugnet werden.

Tatsächlich sind alle Zielstellungen der Menschen rein triebhaften Ursprungs, und sie werden niemals durch Vernunftsgründe veranlaßt. Mit Hilfe des Verstandes lassen sich lediglich neue Wege zur primitiven Triebbefriedigung aussuchen und anbahnen. Man kann demnach eine materiell verbesserungsbedürftige Staatsform weiterentwickeln, und man darf auch seine Unzufriedenheit über mangelhafte Fortschritte fühlbar machen, aber man kann niemals die naturgewachsene Staatsform mit allen Wurzelfasern gegen ein ausschließlich mit Vernunftsgründen konstruiertes Denkgebilde austauschen, ohne in einen tödlichen Widerspruch zu Naturgesetzlichkeiten der Lebenstribe zu geraten.

In einer Demokratie pflegen zu Anfang mancherlei Traditionswerte entweder unbemerkt oder aus reiner Denkrägheit erhalten zu bleiben, und mit dieser seelischen Substanz erhält sie sich am Leben, aber eben doch nur so lange, bis auch diese Traditionswerte in Widerspruch zu den schnell wachsenden individuellen Interessen kommen, die mit Vernunftsgründen nicht aufzuhalten sind. Damit gehen die letzten inneren Bindekräfte der alten Volksgemeinschaft verloren.

Selbst wenn es gelänge, auch für gemeinschaftliche Triebwünsche ein Formelbuch zu gewinnen und Naturgesetzlichkeiten des Staates wissenschaftlich in Anrechnung zu bringen, so bliebe doch noch eine niemals erfaßbare Fülle von Einzelproblemen übrig. Alle detaillierte Gesetzeskunst versagt vor den täglich neuen Forderungen der Menschennatur. Die Folge davon ist ein dauernder Streit, der ohne ein übergeordnetes Leitmotiv keine Einigung gestattet und den Verfall der Gemeinschaft beschleunigt, weil der Verzicht auf das natürliche Gewachsensein und die Überschätzung der Vernunft sich mit den oft nur unterbewußte Triebzielen des Menschen nicht in Einklang bringen lassen.

11. Demokratische Vorstellungen setzen voraus, daß die unabdingbaren Lebenstribe eines Staates sich einfach aus einer Summierung der Lebenstribe aller Menschen ermitteln lassen, die in ihrer Gemeinschaft den Staat bilden. Eine solche Summierung mit Plus und Minus ist noch niemals dauerwertig gewesen, denn sie gestattet keine Einheitlichkeit des Willens.

Denkt man beispielsweise an ein großes Unternehmen der Wirtschaft, so wird man feststellen können, daß für die weit überwiegende Mehrzahl der Mitarbeiter die Arbeitsgemeinschaft nur eine Gelegenheit bedeutet, durch Gehalt oder Lohn die privaten waten Lebensverhältnisse zu sichern und zu verbessern. Diese Wünsche können jedoch in ihrer Zusammensetzung noch nicht den Impuls geben, den das Unternehmen für seinen Bestand und seine Fortentwicklung benötigt. Die demokratische Anschauungsweise verlangt folgerichtig, daß der Sinn und Zweck einer unternehmerischen Arbeitsgemeinschaft sich ausschließlich auf die Interessen aller Mitarbeiter beschränkt, einschließlich der Führungskräfte. Wie aber soll sich das Unternehmen den dauern wechselnden und steigerungssüchtigen Interessen aller Beteiligten anpassen? Wie soll vor allem in Krisenzeiten die Einheitlichkeit des Willens gesichert werden?

Die trotz aller Fehlschläge immer wieder gemachten Experimente dieser Art - beispielsweise unternehmerische staatlich Erwerbsgesellschaften - haben bewiesen, daß die Führung regemäßig an einem Mangel an Elan zu leiden begann, aber nicht weil sie fachlich schlecht war, sondern weil der eigensüchtig Impuls des Unternehmertums fehlte, der sich allen abgestuften Einzelinteressen überordnet.

Lebensstarke und entsprechend erfolgreiche Unternehmungen sind niemals durch Übereinkunft der darin beschäftigten Mitarbeiter entstanden und niemals durch leitende Organe erfolgreich verwaltet worden, die ihre Direktiven von den Mitarbeitern erhielten. Diese Möglichkeit ist nur mit Hilfe der schöpferischen Eigenwilligkeit eines einzelnen oder

auch einer kleinen Gruppe freizügiger Unternehmernaturen denkbar. Das jeweilige unternehmerische Ziel hat sowohl ursprünglich wie auch in der Folgezeit nichts mit den Einzelinteressen der Mitarbeiter zu tun, obgleich es selbstverständlich in der Natur jeder Zusammenarbeit liegt, daß auch das Interesse der Arbeiter und Angestellten soweit geachtet wird, soweit es der Erhaltung einer förderlichen Arbeitsharmonie dient. Im normalen Falle erleben dann die wertvollen Arbeiter und Angestellten ein immaterielles Zugehörigkeitsgefühl, das sich allseitig segensreich auswirkt. Genauso verhält es sich in der großen Arbeitsgemeinschaft eines Staates, der den gleichen Naturgesetzmäßigkeiten unterliegt wie jedes wirtschaftliche oder sonstige Unternehmen. Fehlt der unternehmerische Impuls als eigentlicher Motor und gibt es keine dem genossenschaftlichen Gedanken übergeordnete, von allen Einzelinteressen der Mitarbeiter unabhängige Zielstellung, die auch mit einer gewissen Opferbereitschaft anerkannt wird, so ist der Zerfall unausbleiblich. Das ist das Schicksal aller Demokratien.

12. Demokratisierende Regierungsformen unterscheiden sich von monarchischen, aristokratischen oder sonstigen ausgeprägten Strukturen nicht etwa durch ein Höchstmaß an Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit, sondern nur durch ihre größere Undurchsichtigkeit privategoistischer Interessen, durch größere Verschleierung der Verantwortung und den Zwang zur Hintertreppenbenutzung.

Das klassische Beispiel einer hierarchischen Staatsform ist die Monarchie im Sinne eines königlichen Unternehmertums, in dem die Interessen des Monarchen mit dem Leitmotiv der Gemeinschaft übereinstimmen und die Sachlage für alle Beteiligten eindeutig ist. Abgesehen von der Sonderstellung des Monarchen in Befugnissen und Reichtum kann das ganze Volk im größtmöglichen Maße dem Ideal an Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheitlichkeit des privaten Lebensraumes nahe kommen, nicht nur, weil die königliche Ausnahme ein übergeordnetes Bindeglied darstellt und alle befehlmäßigen Gemeinschaftsbedingungen vereint, sondern weil sie eine richterliche Idee personifiziert, vor der erst die Begriffe Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit gegenständlich werden. Die theoretische Schwäche des monarchischen Prinzips liegt lediglich in der erhöhten Abhängigkeit von dem Glück einer geeigneten königlichen Person, und so ergab sich in der Entwicklungsgeschichte der Völker das Verlangen, die königlichen Befugnisse vorsorglich für den Fall einzuengen, daß ein unzureichender Vertreter auf den Thron kommt. Dagegen könnte man sich indessen durch Ablehnung jeder automatischen Erbfolge und außerdem durch die Ergänzung der einzelnen Person mit einem königlichen Kollektiv schützen, aber wie es von dem ungezügelter Schwung jeder angelaufenen Bewegung zu erwarten ist, führte der Gedankengang nach Wegfall vieler angeblicher Hemmnisse der Tradition über die eigentlichen Zweckbegrenzungen hinaus. So kam es dazu, daß die Tendenz sich mehr und mehr auf eine grundsätzliche Entmachtung des königlichen Unternehmertums durch ein Mitbestimmungsrecht der Untertanen richtete, ohne dessen sicher zu sein, ob dies den privaten Belangen des Volkes auch wirklich förderlich ist.

Die Demokratie als Schlußphase staatlicher Entwicklungen kann in der Praxis genauso wenig auf eine unabhängige Regierungsgewalt und die Einbeziehung der persönlichen Interessen der Regierungsbeauftragten verzichten wie die ursprünglichen Regierungsformen, aber beides widerspricht der demokratischen Theorie. Infolgedessen müssen alle Demagogen um Verschleierung bemüht sein. Die notwendige Unabhängigkeit für Entscheidungen, die sich der Urteilsfähigkeit des Volkes entziehen, muß heimlich erschlichen und mit Hintertreppenmethoden gefestigt werden. Dem privaten Egoismus der politischen Manager ist nur ein unauffälliges Ausleben mit Diäten, Spesen, Auslandsreisen und vielen anderen kleinen Vorteilen gestattet, und was die demokratisch erweiterten Grenzen der persönlichen Freiheit

betrifft, so bleibt unklar, wo sie liegen. Man benutzt zwar die Schlagworte Gleichheit und Brüderlichkeit, aber der Zwang zu Ausnahmen bleibt bestehen. Neben einzelnen großen Ausnahmen gibt es dann unzählige Kleinkönige, die mit ihren Sonderbefugnissen die Homogenität des Volkes unmöglich machen, ohne dies eingestehen zu dürfen. So vergiftet allmählich ein Geist der Unaufrichtigkeit, der Vorspiegelung utopischer Zielstellungen und der betrügerischen Tricks die vordem eindeutig verantwortliche Machtausübung. Menschen sind keine Engel.

13. Ein wohl geordneter und durch Vaterlandsliebe geeinigter Staat bietet jedem einzelnen Mitglied den deutlich vor gezeichneten Rahmen, in dem es sich zweifelsfrei auf seine eigenen Interessen konzentrieren kann und somit die höchste Ökonomie seiner Kräfte sichert. In einer Demokratie dagegen bedroht die Zersplitterung der Mitbestimmungsrechte in fachfremden Belangen die Gemeinschaft mit einer verhängnisvollen Kraftvergeudung.

Über die Enge oder Weite des Rahmens privater Interessen läßt sich diskutieren, denn er ist wandelbar und unterliegt dem Fortschrittswillen. Dagegen darf die Notwendigkeit eines Rahmens, der von den Lebensinteressen des Staates bestimmt wird, niemals diskutiert werden. Die nachweislich glücklichsten Zeiten der Bürger eines Staates waren immer durch einen sehr festen Rahmen gekennzeichnet, auch wenn die Staatsbelange teilweise von dem Egoismus eines Monarchen oder einer selbtherrlichen Führungsschicht bestimmt wurden. Es kommt immer auf ein Gleichgewicht der Kräfte der privaten Zielstellungen und der Gemeinschaftsautorität an, aber nicht auf die nur von Mißgunst diktierte Frage, ob der Staatsegoismus einzelnen Führernaturen zum ungewöhnlichen Vorteil dient. Selbst ein Despot wirkt sich für die Gemeinschaft nicht so verhängnisvoll aus wie unklare Befehlsverhältnisse. Ist ein Führertum gut, so kann jedermann unbekümmert seinen eigenen Interessen nachgehen; denn alle persönlichen Gewinne kommen indirekt wieder dem Staate zugute, rückwirkend zum Vorteil aller Mitglieder.

Der demokratische Gedanke der Gleichberechtigung erzeugt dagegen nur Neid und Unlust, sich dem gegebenen Rahmen einzuordnen, so daß die Harmonie des Kräftespiels zwischen Gemeinschaftstrieben und Privategoismus verloren geht und nach anfänglichen hektischen Gewinnsteigerungen des geistigen Ausverkaufs vergleichsweise allmählich der materielle Fortschritt von Normen blockiert wird. In der Begrifflichkeit jeder Staatsanschauung muß es einen sakrosankt empfundenen Kristallisationspunkt geben.

14. In einer Demokratie fragt sich jeder einzelne vergeblich, was ihn veranlassen soll, sich einer Staatsgemeinschaft innerlich verbunden zu fühlen und ihr sogar Opfer zu bringen, wenn ihn die Vernunft errechnen läßt, daß die Nachteile die Vorteile übersteigen.

Mit der Devise „Für König und Vaterland“ oder „Senatus Populusque Romanus“ und ähnlichen Formulierungen einer führungsgläubigen Zielverschworenheit haben alle erfolgreichen Staaten ein über dem persönlichen Interesse stehendes Ganzheitsziel zum Ausdruck gebracht. Das demokratische Prinzip lehnt solche Bindemittel ab, ohne dafür einen ideologischen Ersatz zu bringen. Es wird ausdrücklich betont, daß es nur auf die materiellen und etwaigen intellektuellen Triebbefriedigungen der durchschnittlichen Mitglieder ankommt. Da der wirkliche materielle Wert der Volksgemeinschaft auch für einen sehr klugen Rechner wegen der unübersehbaren Wechselwirkung niemals voll erfaßt werden kann und seelische Werte vernachlässigt werden, liegt es nahe, den Sinn der Gemeinschaft gering zu erachten und ihn als lästig zu empfinden. Man fragt sich ohne moralische Scheu, ob es nicht

gelegentlich vorteilhafter sei, mit einem Wechsel der Staatsangehörigkeit in Länder auszuwandern, die offenbar mehr an materiellen Vorteilen bieten, und das ist ein deutliches Symptom des demokratischen Zerfalls.

15. Ohne die Bindekraft einer übergeordneten Staatsidee, sei sie demonstriert durch die Verehrung eines Herrscherhauses oder durch die vertrauensvolle Bewunderung einer regierenden Körperschaft mit der Überzeugung von einer reformatorischen Weltmission, tritt in jeder Volksgemeinschaft eine tiefgreifende Demoralisation ein.

Die demokratische Theorie verurteilt alle Formulierungen unnachdenklicher Hingabe als unwürdig oder bedrohlich, da ihr alles unheimlich und undirigierbar erscheinen muß, was nicht im materiellen Denkbereich des privaten Egoismus erfaßbar ist.

Trotzdem bleibt es unbeantwortet, warum denn nicht jedermann bedenkenlos gegen die Gemeinschaftsinteressen handeln soll, sobald hierfür kein ausdrückliches Verbot besteht oder die Untaten unbekannt bleiben. Nur wer seine Familie oder Freunde aufrichtig liebt, wird auch ohne materielle Belohnungen und ohne strafrechtliche Aufsicht alles vermeiden, was ihnen schaden könnte. Alle Gesetzbücher sind unzulänglich, und nur die leidenschaftliche Liebe zum Vaterland mit seinen sichtbaren Symbolen vermag die Menschen dazu anzuhalten, den Interessen der Gemeinschaft einen Vorrang gegenüber dem persönlichen Egoismus ohne Polizeikontrolle einzuräumen. Fällt dies weg, so wird jede bürgerliche Gewissensmoral sinnlos. Es handelt sich dann nur noch darum, die Unvollkommenheiten der staatlichen Aufsicht und die Lückenhaftigkeit des Gesetzes auszunutzen. Das ist Demoralisation.

16. Alle demokratischen Experimente zeichnen sich durch eine ungeheure Zunahme von gesetzlichen Vorschriften aus, weil nicht mehr das Gefühl für Recht und Unrecht nach dem Maßstab vaterländischer Bürgertugenden einen reguliere den Einfluß ausübt, sondern nur die Paragraphen mit der Angst vor Strafe.

In einem Staat ohne Ideologie sind alle Menschen, die sich noch eine bürgerliche Gewissenhaftigkeit bewahrt haben, den gewissenlosen Elementen derartig unterlegen, daß die innere Anständigkeit den Vorwurf der Dummheit erfährt. Es tritt eine gewaltige Umschichtung ein, die jeder an das Verbrecherische grenzenden Hemmungslosigkeit zu einem destruktiven Vorrang verhilft. Um diese verhängnisvolle Entwicklung einigermaßen aufzuhalten, bedarf es immer wieder neuer Gesetze, und trotzdem findet der herausgeforderte private Egoismus immer wieder neue Hintertüren, um straflos Vorteile auf Kosten der Gemeinschaftsinteressen zu erlangen. Auch in harmonischen Staatsgebilden gab es Verbrecher und Abenteurer, die gewissenlos jede vom Gesetz noch nicht erfaßte Situation auszunutzen versuchten, aber selbst wenn sie wegen Unzulänglichkeiten der Gesetze straffrei blieben, unterlagen sie doch sehr bald einer gesellschaftlichen Ächtung. Erst in einer Demokratie verflüchtigt sich die moralische Vorbildlichkeit der Beamten, Offiziere und der königlichen Kaufleute, so daß der Staat durch eine dauernde Vermehrung von Gesetzesparagraphen den Ausfall der moralischen Konventionen ersetzen muß, die ehemals von einem Gefühl der Anständigkeit für alle Vorkommnisse zuverlässig modelliert wurden.

17. Die demokratischen Theoretiker behaupten zwar, daß die Bürgertugenden keine Ideologie benötigen, sondern daß eine Erziehung zur Ethik ausreicht. Doch der fundamentale Irrtum beruht in der unhaltbaren Annahme, daß ein genügender Prozentsatz der Menschen moralphilosophischen denkfähig und erziehbar sei.

Bei allen philosophischen Menschenfreunden kann man immer wieder die Beobachtung machen, daß sie die Mehrzahl der Menschen sich ähnlich oder gleichartig erhoffen und daß es genügen müsse, eine allein mit Gründen der Vernunft gesicherte bürgerliche Moral zu vertreten. Abgesehen davon, daß das allgemeine Bildungsniveau bei weitem nicht ausreicht, um auch nur Anfänge einer moralphilosophischen Belehrung wirksam zu machen, ist es von jeher immer nur wenigen Ausnahmemenschen gegeben, daraus auch praktische Folgen zu ziehen. Es muß bei den großen Volksmassen als gänzlich ausgeschlossen betrachtet werden, daß die gepredigte individuelle Selbstbeherrschung eine allgemeine Verminderung der hemmungslosen Ausnutzung von Gegebenheiten zeitigt, zumal der Vorrang privatwirtschaftlicher Interessen bei allen Diskussionen über Staatsprobleme regelmäßig eindeutig betont wird.

18. Der Bedarf an disziplinarischen Gewaltmitteln ist trotz geringerer Erfolge in Demokratien größer als in harmonischen Staatsstrukturen.

Wenn beispielsweise in einer Ehe oder einer Familie und damit gleichartig in kleineren und größeren Arbeitsgemeinschaften, Freundschaftskreisen oder Kameradschaften der seelische Zusammenhang verloren geht, so müssen an Stelle der gefühlsbedingten Konventionen staatspolizeiliche Regeln aufgestellt werden, um die Schwächeren vor Übergriffen der Stärkeren zu schützen. Dazu gehört eine disziplinarische Gewalt, und so kommt es, daß Demokratien eine Fülle von Polizeieinrichtungen benötigen, die in harmonischen Staatsstrukturen ungenutzt bleiben.

Unerträglich gewordene und revolutionsbedrohte Despotien sind kennzeichnende Polizeistaaten, aber sie werden noch von manchen so genannten Demokratien übertroffen, sobald man nicht allein an politische, sondern auch an kriminelle Probleme denkt, die in erster Linie die bürgerliche Moral abschätzen lassen.

19. Demokratische Experimente können stets nur so lange fortgesetzt werden, bis sie die aus einer vorangegangenen natürlichen Staatsideologie übernommenen Moralbegriffe aufgezehrt haben.

Sowohl 1918 als teilweise auch 1945 gab es in Deutschland noch eine Beamtenschaft, die sich an einen staatsmoralischen Stil gebunden fühlte. Die demokratischen Reformer sind der Meinung, daß dieses Pflichtbewußtsein eigentlich erst in ihrer Anschauungswelt die richtigen Antriebskräfte erfährt. Deshalb suchen sie mit der vielfach bis in die Reihen der Gewerkschaftsbeamten noch vorhandenen Opferfreudigkeit die demokratische Natur dieser Ehrenhaftigkeit zu beweisen. In Wirklichkeit haben nicht nur verbrecherische Neigungen, sondern auch Tugenden ein massenpsychologisch vergleichsweise langes Beharrungsvermögen, so daß man hinsichtlich der Notwendigkeit, die seelischen Antriebsmittel zu erneuern, sehr leicht einer Täuschung unterliegt. Unter den Nachwuchskräften mag es noch einige unentwegte Leute geben, die dem Vorbild ihrer älteren Vorgesetzten nacheifern, aber es ist kein Geheimnis, daß das gegenseitige Vertrauen der Menschen heute in einem erschütternden Maße abgesunken ist. Die Korruptionsfälle haben beängstigend zugenommen, besonders wenn man damit den Zustand der öffentlichen Moral vor 1914 vergleicht.

Das Argument einer moralischen Verwilderung während der Kriege ist als Entschuldigung nicht stichhaltig; auch die Flüchtlingsnot reicht nicht aus, um die allgemeine moralische Unsicherheit zu erklären. Dagegen fragt heute die Jugend: „Was ist denn das Vaterland? Warum soll ich mir Gelegenheiten einer Bereicherung, die ehemals für unmoralisch galten, entgehen lassen, wenn die Möglichkeit der Straflosigkeit besteht? Kommt es nicht nur darauf an, sich nicht „erwischen“ zu lassen? Muß man nicht einfach nur klug sein, um nicht mit den

Gesetzen in Konflikt zu geraten? Ist es nicht nur ein Problem der Macht, daß man die Kleinen henkt und die Großen bewundert?" Das sind die Folgen der demokratischen Glaubenslosigkeit.

20. In demokratischen Staatsexperimenten ist es unausbleiblich, daß die Verbindung des Gemeinschaftsgedankens mit religiösen Vorstellungen gelöst und dadurch einem verhängnisvollen metaphysischen Vakuum Vorschub geleistet wird.

Das unbegrenzte Recht der persönlichen Gedankenfreiheit - das ohnehin keine Macht der Welt dem ernsthaft nachdenklichen Menschen verwehren kann, da nur Veröffentlichungen erfaßbar sind - wird fehlwirksam, wenn demokratische Tendenzen zu einer Kritik gegen jede nur mit dem Gefühl oder der Überlieferung, aber nicht mit gängigen Vernunftsgründen beweisbare Anschauungsweise anregen, ohne daß die Mehrzahl der Menschen hierzu ausreichend denkreif ist. Den einfachen Mann führt ein vernünftlerisches Leugnen des Wahrheitsgehaltes religiöser Überlieferungen zu einem unfruchtbaren Atheismus, zur Selbstüberheblichkeit, Instinktlosigkeit, Gewissenlosigkeit und zur Unhörbarkeit der Seele.

Menschen, denen nichts mehr heilig ist und die sich nicht mehr dessen erinnern, daß die Schöpfermacht jenseits aller Abbildbarkeit nicht allein das Schicksal, sondern auch die eigenen geistigen Kräfte bestimmt, bleiben in den Kausalketten ihrer Logik befangen. Sie erschließen kein Neuland, und für die Gemeinschaftsidee werden sie zum strukturlosen Füllstoff. Bei konsequenten demokratischen Grundsätzen ist es unzureichend, wenn führende Staatsmänner ihre Kirchengläubigkeit persönlich demonstrieren oder Religionsgesellschaften sogar parteipolitischen Einfluß gewinnen, denn an die Stelle einer echten seelischen Resonanzbereitschaft tritt im Volke ein gänzlich schwingungsloser Opportunismus.

21. Mit der Verminderung der Religiosität in Demokratien nimmt die Politisierung der Kirchen zu, dazu der Einfluß des Aberglaubens und die Macht unkontrollierbarer Wahnideen. Das Bedürfnis des Glaubens ist eine unveräußerliche Eigenschaft der Menschennatur. Niemand kann sich dem Eindruck der Schicksalhaftigkeit seines Lebens entziehen. Sobald die bestehenden Religionen auf der politischen Bühne in einen Wettbewerb um Machtpositionen treten und damit in den Augen der Gläubigen ihr geistliches Gesicht verlieren, setzen sie sich sehr schnell dem Ansturm der respektlosen Kritik rationalistischer Überheblichkeit aus, und sofort drängt auch der eingeborene Trieb zur Bildung übersinnlicher Vorstellungen die Menschen zu einem weit unvernünftigeren Wunderglauben, als den Bilderbüchern der abgelehnten Religionen zum Vorwurf gemacht wird. Die unbefriedigte Sehnsucht wird eine leichte Beute der Astrologen und Wahrsager, die es geübt haben, die Dummheit der nun einmal naturhaft glaubenssüchtigen Menschen geschäftlich auszunutzen. Nicht nur in das Berufsleben der einzelnen, sondern auch in das politische Geschehen treten verwirrende Motive, die den noch verbleibenden Rest des Vernunftwertes menschlicher Zielstrebigkeit brüchig machen. Jede Überschätzung der Vernunft erzeugt eine fehlwirksame Unvernunft, die umso gefährlicher ist, da sie sich nicht selbst zu kritisieren vermag.

22. Über neunundneunzig Prozent der Menschen sind wie Kinder. Alle demokratischen Versager lassen sich mit dieser Erkenntnis erklären.

Niemand wird behaupten können, daß die Menschheit geistig ausentwickelt sei. Die Schule des Lebens ist vorläufig noch für alle Menschen obligatorisch, und mit den wenigen Ausnahmen genialer Frühreife können keine Schulkinder ohne eine Autorität angeleitet werden, die nicht allein auf einem besseren Wissen, sondern zugleich auf einer fachunabhängigen Machtbefugnis beruht. Auch die Lehrer und Aufsichtsorgane mögen noch

lernen müssen, aber es bedarf eben doch eindrucksvoller Unterschiede zwischen Vorgesetzten und Untergebenen.

In den meisten Kindern kann durch falsche Propheten sehr leicht der Wunschtraum erweckt werden, sich der Aufsicht einer unabhängigen Schulleitung zu entziehen, insbesondere, wenn sich diese angeblich als tyrannisch oder unzulänglich erwiesen hat. Trotzdem ist es für Kinder noch niemals möglich gewesen, sich nach eigenem Gutdünken Lehrer auszusuchen und sie in der Abhängigkeit eines Angestellten zu halten; denn sie sollen es ja erst noch lernen, wie man richtig und falsch, vorteilhaft und unvorteilhaft oder gut und böse unterscheidet. Die kleinen Kinder benötigen bereits eine erhebliche Anzahl von Jahren, bis sie sich als Erwachsene bezeichnen dürfen. Die Erwachsenen dagegen brauchen offenbar Jahrhunderte oder Jahrtausende, sofern sie in ihrer Mehrzahl überhaupt jemals den Unverstand der menschlichen Frühzeit abstreifen, sich nicht mehr in Kriege einlassen, billigen Schlagworten widerstehen und von sich aus Ordnung halten. Solange ist keine echte Demokratie denkbar, und jeder Versuch wird in Betrug ausarten.

Selbstverständlich spielen die Wünsche, Neigungen, Naturgesetzlichkeiten und das Wohlergehen aller Kinder für ihre Anleitung eine wichtige Rolle, doch sobald die kindlichen Meinungsäußerungen hierzu wichtiger genommen werden als sie es verdienen, ergeben sich sofort die für Demokratien typischen Katastrophen. Ohne eine gereifte, über den Sachverstand der Kinder hinausgehende Autorität, wie sie uns die Natur mit dem Wachstum von Traditionswerten schenken kann, gibt es keine Arbeitsordnung.

23. In einer Demokratie finden die Staatsdiener keine seelischen Impulse zu einer uneigennütigen Pflichterfüllung.

Im monarchischen Deutschland nahmen Beamte und Offiziere den ersten Rang ein. Das war die äußere Belohnung für ihren Verzicht auf den Wettbewerb um Geld und Gut, der vielen anderen Mitgliedern der staatlichen Lebensgemeinschaft zugestanden war. Zweifellos ist auch der Ehrgeiz ein eigensüchtiges Motiv, aber es ist ein großer Unterschied, ob er sich auf die Anerkennung durch unqualifizierte Volksmassen oder auf ein günstiges Urteil der übergeordneten Staatsautorität mit der Nebenwirkung eines allgemeinen Ansehens richtet.

Im zweiten Falle ergibt sich auch dann eine innere Befriedigung an der staatlich gelenkten Pflichterfüllung, wenn die äußeren Anerkennungen unzureichend bleiben, denn über das Bewußtsein einer Lebensaufgabe braucht keinerlei Zweifel zu bestehen.

In einer Demokratie dagegen ist es das vornehmste Ziel, die Zustimmung der öffentlichen Meinung zu erlangen und den Anschein einer Erfüllung des Volkswillens zu erwecken, so daß man im Falle eines Erfolges gelegentlich sogar eine gewisse Unabhängigkeit von der übergeordneten Dienststelle zugunsten des eigenen Geltungsbedürfnisses behaupten kann. Auf der anderen Seite verliert der verantwortliche Vorgesetzte sehr leicht das unbedingte Vertrauen auf die Verlässlichkeit seiner Hilfskräfte, die sich immer darauf berufen können, daß es trotz allen Ableugnens sogar für einen Richter wichtig sei, eine persönliche Popularität zu gewinnen.

24. Die Voraussetzung jeder Ethik, gleichgültig in welcher Form, ist die Fähigkeit des Menschen, seinen Egoismus weit genug zu überwinden, um sich einer übergeordneten Aufgabe vorbehaltlos verpflichtet zu fühlen. Hierzu bietet die Demokratie keinen Antrieb. Einem Philosophen kann es durch Denkübungen gelingen, in geistigen Erlebnissen und im Dienst an der Menschheit eine höhere Lebensbefriedigung zu finden als es ihm durch Erfüllung primitiver Triebgelüste möglich wäre. Aber zu einer solchen philosophischen

Einsicht wird ein ungewöhnlich hohes und daher sehr seltenes Maß an Begabung, Wissensbesitz, günstigen Umweltsverhältnissen und Resonanzvermögen für seelische Einflüsse benötigt, so daß die Erreichbarkeit nicht verallgemeinert werden kann.

Wer an eine göttliche Weltordnung glaubt, die das Böse bestraft und das Gute belohnt, sei es in einer kirchlichen Glaubensgemeinschaft oder auch in religiöser Einsamkeit, wird die Kraft finden, ohne Anerkennung der Menschen und sogar gegen seinen eigenen materiellen Vorteil seine Pflicht zu erfüllen.

In den Zeiten der Monarchie und der Staatsideologien war der Dienst am Staat vor allem eine Gewissenssache. Die Liebe zum Herrscherhaus und die Verehrung der vaterländischen Symbolwerte waren so stark, daß damit der einzelne im Staatsdienst Anregung genug fand, um in seiner staatsideellen Einordnung auch das stolze Gefühl einer über alle persönlichen Interessen hinausgehenden Bedeutsamkeit der Arbeit zu erleben. Damit waren unvermeidbar ein Nationalbewußtsein und ein nationaler Gemeinschaftsgeist verbunden, der von den demokratischen Vernunftsprinzipien abgelehnt wird.

Sind die Mitglieder einer staatlichen Lebensgemeinschaft überzeugt, daß ihnen vom Schicksal eine Weltmission zugewiesen ist, so werden sie auch bereit sein, Opfer zu bringen. Ein Menschheitsideal läßt es wert erachten, auch ohne irdische Belohnungen einen Beitrag für ein so hohes Ziel zu leisten.

Aber die Demokratie verurteilt solche Anschauungen als Illusionen und als bekämpfungswerte Symptome geistiger Unfreiheit. Damit zerstört sie alle Möglichkeiten, den Vorrang der Staatsinteressen für eine einfache Denkungsart begreiflich zu machen.

25. Sympathien und Antipathien sind wie überall auch im Staatsleben einflußreicher als reine Vernunftgründe. Aber alle Systematik der Erweckung von Sympathien und der Vermeidung von Antipathien werden von der demokratischen Theorie abgelehnt, da sie ausschließlich Appelle an die angebliche Vernünftigkeit anerkennt.

Auch in den Vorstellungen der Männer und Frauen gibt es Vernunftsehen, aber wenn sie fruchtbar und haltbar sein sollen, so muß zumindest alles vermieden werden, was Antipathie erzeugt. Nach normalen Regeln sind beide Partner bestrebt, sympathisch zu wirken und unabhängig von allen Argumenten materieller oder eitler Vorteilhaftigkeiten eine menschliche oder zumindest sexuelle Anziehungskraft auszuüben. Sie suchen sich in ein günstiges Licht zu setzen und durch schöne Kleidung, Körperpflege und ein bewunderungswürdiges Verhalten an unterbewußte Triebe zu appellieren oder an Vorbilder einer bewährten Tradition zu erinnern, um Vertrauen zu einer gemeinsamen Zukunft zu erwecken.

Diese urmenschliche und auch schon im Tierreich gleichartig nachweisbare Naturtriebhaftigkeit steht im schroffen Gegensatz zum demokratischen Grundprinzip. Obwohl sich die Unentbehrlichkeit der politischen Kosmetik immer wieder aufdrängt, fehlt doch den demokratisch überzeugten Intellektuellen - sofern es sich nicht eigentlich um daran uninteressierte Konjunkturritter handelt - jeder Instinkt und jedes Feingefühl, so daß die mit Gesten der Verlegenheit zugestandenen Maßnahmen der Titelverleihung, Ordensverteilung, Propagandatechnik und Popularitätshascherei den Stempel der Unaufrichtigkeit tragen.

26. Mit der Demonstration ihres Missionsbewußtseins verbanden die guten Könige und Staatsführer das Handwerk, die Triebkräfte des Gemeinschaftsgeistes zu stärken. Wenn schlechte Könige und Führer hierin versagten oder die handwerkliche Technik mißbrauchten, so beweist dies noch keineswegs ihre Entbehrlichkeit. Die deutsche Armee vor 1914 hatte nicht den alleinigen Zweck, an kriegstechnischer Leistungsfähigkeit allen etwaigen Gegnern überlegen zu sein, wie es die militärische Vernünftigkeit hätte vorschreiben müssen. Der Glanz der Uniformen und die Kunst des Paradierens waren zeitweise sogar derartig unkriegerisch, daß sie im In- und Ausland vielfach verspottet wurden. Tatsächlich erwiesen

sie sich in einem ganz anderen Sinne höchst zweckvoll. Sie erweckten paradoxerweise gerade durch ihre Theatralik ein starkes Zugehörigkeitsgefühl, einen wirksamen Kollektivstolz und eine Selbstverständlichkeit, die Ergriffenheit von der Schaustellung in die Wirklichkeit zu übertragen, daß die bewunderungswürdigen Taten der Deutschen in beiden Weltkriegen als Zeugnis für das königliche Handwerk der Menschenbindung dienen können.

Die sehr farbige Repräsentationstechnik einer königlichen Majestät mag in der Gegenwart vielfach ihre Resonanzkraft verloren haben, vor allem in Konkurrenz mit der Filmherrlichkeit; aber die katholische Kirche beweist mit ihrer dekorativen Traditionstreue, daß dies nicht an einer veränderten Resonanzwilligkeit des Volkes, sondern nur am Verlust des handwerklichen Könnens liegt, sich den Wandlungen der Meinungsbildung anzupassen. Die englischen Krönungsfeierlichkeiten haben selbst das nüchternste Volk der Erde unter einer demokratisch überaus strebsamen und daher traditionsfeindlichen Regierung mit erneuter Begeisterung für die Staatssolidarität erfüllt, so daß das britische Königtum trotz seiner politischen Entmachtung seine übervernünftige Bedeutung sehr augenfällig beweisen konnte.

Weil nun Kaiser Wilhelm II. sich an den für das Volk bestimmten Beeinflussungsmitteln selbst berauschte, weil die übrigen regierenden deutschen Fürsten ihr Missionsbewußtsein verloren und eine gemütliche Pensionierung einer beruflichen Gefährdung vorzogen und weil endlich Adolf Hitler die handwerklichen Erfahrungswerte mit seelischer Führungslosigkeit mißbrauchte, bestehen in Deutschland bei allen damals enttäuschten Staatsmännern grundsätzliche Bedenken gegen das Handwerk der Massenbeeinflussung an sich. Aber die Kritik der Mittel darf nicht mit der Kritik ihrer Anwendung verwechselt werden, und die Demokraten werden mit ewiger Erfolglosigkeit den Irrtum bezahlen müssen, mit Vernunftgründen das Volk für leblose Theorien begeistern zu wollen.

27. In einem modernen Staat ist es selbstverständlich, daß materielle Grundforderungen des Volkes zum Ausdruck und in Anrechnung kommen, aber es ist unsinnig, wenn die vom Volk gewählten Vertreter seiner Interessen selbst unmittelbar die Regierungsgeschäfte besorgen sollen.

Die Volksvertretung soll eine spannungsbelebende Kritik an der Regierung üben, aber dieses gesunde Prinzip wird sinnlos, wenn die Kritiker ihrerseits zur Herrschaft kommen wollen. Entweder geht damit die Kritik verloren oder sie beschränkt sich auf eine Art der Opposition, die ihre Kritik danach ausrichtet, wie sie ihr für die Aussichten im Wettbewerb um die Regierungsübernahme günstig erscheint. Man darf dann nicht mehr von einer echten Vertretung der Volksinteressen sprechen, sondern eher von einem Kampf um die Macht, bei dem die Volksinteressen zur Hauptsache nur als Vorwand dienen.

Abgesehen von der übergeordneten Staatsidee als Leitmotiv bedarf ein Regierungsorgan einer so hohen fachlichen und moralischen Vorerziehung, wie sie von den Fachgenossen der meisten Berufsgruppen nicht ohne weiteres erwartet werden kann. Auch hierbei ergibt sich deshalb zwangsläufig ein Spezialistentum, mit dem an Stelle der ursprünglich kollegialen Berufs- und Standesmitglieder der Typ des bezahlten Funktionärs tritt.

28. Wird ein Volksvertreter zu einem Regierungsorgan, so sollte er aufhören, sich als Vertreter bestimmter Volksinteressen verpflichtet zu fühlen.

Ein Regierungsmitglied darf nur Ganzheitsinteressen vertreten. Ein Volksvertreter hat die Interessen derjenigen Gruppen von Mitbürgern zu vertreten, die ihn beauftragt haben. Theoretisch soll es möglich sein, daß alle Schichten, Berufsstände und Weltanschauungen

eines Volkes ihre Vertreter in das Parlament entsenden, so daß sich ein buntes Bild unterschiedlicher Meinungen ergibt, die geeignet sind, beruflich vorgebildete Regierungsmitglieder so zu unterrichten, daß daraus Ganzheitsziele für die Staatsführung gewonnen werden können. Zwar ist es zweifellos bereits schädlich zu nennen, wenn besondere Machtverhältnisse der von Volksvertretern zur Geltung gebrachten Interessen eine größere Bedeutung gewinnen als es dem Volke im ganzen dienlich ist, doch wird es erst wahrhaft verhängnisvoll, wenn unmittelbare Regierungsbefugnisse von Leuten ausgeübt werden, die ihre Bestallung einer einseitigen Interessenvertretung verdanken und auch in der Zukunft von ihr abhängig bleiben.

Entweder benutzt der einseitige Volksvertreter die ihm anvertrauten Regierungsbefugnisse, um seinen Auftraggebern unparitätische Vorteile zu verschaffen - dann ist er ein Verräter an der Gemeinschaft -, oder er bemüht sich tatsächlich um die Ganzheit - dann wird er von seinen Wählern als Verräter betrachtet. In beiden Fällen fehlt ihm außerdem zumeist die Sachkunde und die Erziehung zur überparteilichen Anschauungsweise, denn wenn er sie ausnahmsweise besitzen sollte, so ist er ungeeignet, seine politische Laufbahn als Vertreter einer speziellen Interessengruppe, das heißt einer Partei zu beginnen.

Die ganze demokratische Innenpolitik besteht aus einem reinen Parteienstreit. Wenn sich zwei Parteien mit gegensätzlichen Interessen vor Gericht durch zwei Rechtsanwälte vertreten lassen, so bedarf es zur Entscheidung eines wahrhaft unabhängigen Richters. Würde der Rechtsstreit zum Ziel haben, den einen oder anderen Anwalt durch Abzählen der Anhänger zum Richter zu erheben, so würde dies als sinnlos empfunden werden, aber in der demokratischen Politik ist diese Sinnlosigkeit zur Methode geworden.

29. In der demokratischen Praxis stellt es sich regelmäßig heraus, daß die wirklichen Stimmen des Volkes gar nicht gehört werden. Stattdessen kommen nur Funktionäre zur Geltung, deren Interessen sich in verbandspolitischen Problemen erschöpfen, soweit sie sich nicht nach Aussichten für eine Regierungslaufbahn orientieren. Eines der kennzeichnendsten demokratischen Phänomene ist die Tatsache, daß man es in der Innenpolitik so gut wie überhaupt nicht mehr mit einzelnen Menschen, sondern nur noch mit Verbänden zu tun hat.

Ein Arbeiter oder ein Handwerker oder ein Kaufmann usw., der unmittelbar in seiner Berufsausübung täglich die Interessen einer fachlichen Gruppe am eigenen Leibe verspürt, hat nur selten die Zeit und die Vorbildung, um der in demokratischen Staaten übersteigerten Verbandstechnik, dem Beziehungsspiel der Vorzimmer, dem obligaten Kompromißhandel und den dunklen Methoden der Einflußgewinnung gewachsen zu sein. Dadurch wurde die parteipolitische Volksvertretung zu einem Spezialberuf, und sehr häufig sind es Rechtsanwälte, Volkswirte, Journalisten usw., die aus einer ganz anderen Sphäre stammen, als die von ihnen betreute Fachgruppe beansprucht. Sollte dies jedoch einmal der Fall sein - und das pflegt insbesondere bei neuen Parteigründungen die ursprüngliche Idee in Erinnerung zu bringen - so muß der Beauftragte möglichst frühzeitig seinen eigentlichen Beruf aufgeben, um sich auf seine politischen Aufgaben konzentrieren zu können. So kamen viele Vertreter der Arbeiterinteressen mit dem Aufstieg der sozialdemokratischen Partei unmittelbar aus den Reihen der Facharbeiterschaft und rühmten sich, Sattler, Glasbläser, Dreher usw. gewesen zu sein. Sobald man jedoch nachprüft, stellt sich zumeist heraus, daß sie in einem Alter, in dem andere noch vor ihrem Abitur standen, schon besoldete Gewerkschaftsbeamte geworden waren und mit Sicherheit jeden innerlichen Zusammenhang mit ihrer anfänglichen Lehrzeit verloren hatten. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen verwandeln sich die Arbeitervertreter in bezahlte Anwälte, die zwar möglicherweise ohne Verwirrungen durch den erwachten politischen Ehrgeiz die Interessen ihrer angeblichen Berufs- oder Anschauungsgenossen wahren, aber denen die alltägliche, lebendige und instinktbildende Berufsverbundenheit fehlt.

30. In einem natürlichen Organismus, zum Beispiel einem privatwirtschaftlichen Unternehmen, ist die Führung das Beharrende, wohingegen die Ausführungsorgane auswechselbar sind, ohne notwendigerweise auch die Existenz des Ganzen zu gefährden. In einem demokratischen Staat soll es umgekehrt möglich sein können. Der Beamtenapparat gilt als das Beharrende, wohingegen die Führung (zumeist sogar kurzfristig) wandelbar gedacht wird.

Hierdurch kommt die Widernatürlichkeit des demokratischen Staatsgedankens besonders deutlich zum Ausdruck. Es ist so, als ob der menschliche Körper, ein vergleichbarer Zellenstaat, das Beharrende sein sollte und die Seele oder das Gehirn ausgetauscht werden könnte. Man vergißt dabei, daß die Seele mit ihrer Personifizierung durch einen Führungsbegriff überhaupt erst die bindende Kraft auf die Zellen ausübt, die von sich aus keinen lebendigen Organismus zu bilden vermögen. Weder Beamtenapparate noch menschliche Zellengerüste darf man wie eigenwertige Gehäuse ansehen, die sich verschiedenen gearteten Führungspersönlichkeiten nacheinander zur Verfügung stellen lassen, um von ihnen beseelt und in Aktion gesetzt zu werden.

31. Die Anschauungsweise des guten deutschen Beamten ist auch heute noch ein Erzeugnis des hierarchischen Staatsgedankens der konstitutionellen Monarchie. Was davon abweicht, sind Symptome des Verfalls mangelnder seelischer Erneuerung.

Das ganze deutsche Beamtentum ist seiner Wesenhaftigkeit nach nicht demokratisch, sondern hierarchisch und überzeitlich beharrend. Wer an dem Wettbewerb um Gut und Geld persönlich interessiert ist, kann kein echter Staatsbeamter werden, der seine Daseinserfüllung mit dem Missionsbewußtsein einer segensreichen Einordnung in einen sakrosankten Staatsgedanken sucht. Das Gehalt dient ihm lediglich als bescheidene Möglichkeit, sich vorbehaltlos - ohne unmittelbare Daseinssorgen - dem priesterlichen Dienst am Staat weihen zu können. Die Pensionsgewährung sowie seine Unkündbarkeit sollen ähnlich wie bei Richtern Voraussetzungen für seine ethische Furchtlosigkeit und die Überparteilichkeit seiner Dienstausbübung sein. Wäre ein Beamter nicht derartig von seiner Mission überzeugt, daß er sich ihr auch ohne Besoldung zu widmen wünschte, sofern er durch privates Vermögen gesichert ist, so würde er damit bereits eine neuzeitliche Mangelkrankheit beweisen, die das ethische Fundament der beruflichen Lebensfreuden zerstört. In der Zeit vor 1914 hat in Deutschland ein beträchtlicher Prozentsatz der hohen Beamten und Offiziere seinen Dienst mit großer Opferfreudigkeit und Gewissenhaftigkeit lediglich um der Ehre und der Berufsfreude willen erfüllt, ohne sich durch das Mißverhältnis der bescheidenen Gehälter zu dem gewohnten Lebensstandard abhalten zu lassen.

32. Die Arbeitsfreude eines Beamten hängt im Grunde von den wesensgleichen Triebmotiven ab wie die seelische Beteiligung eines Mannes an den Interessen seiner Eltern, Geschwister und Freunde.

Warum ein Mensch für sein Weib und seine Kinder arbeitet, ohne dafür belohnt zu werden oder persönliche Vorteile zu erlangen, läßt sich einigermaßen mit Triebkräften der Arterhaltung begründen, aber die Ehrfurcht vor den Eltern, der Zusammenhalt der Sippe und die Verbundenheit mit wahren Freunden sind rein ethische Motive. Wesentlich ist dabei die Begreifbarkeit der Personen, denn für eine abstrakte Idee wird sich nur selten und dann nur massenpsychologisch eine Opferleidenschaft erwecken lassen. Unbekannt gewordene Eltern und Geschwister lösen im allgemeinen keine inneren Verpflichtungsgefühle aus.

Ein Beamter muß seiner Natur nach seinen staatsbeamtlichen Verantwortungsbereich wie eine große Familie empfinden, in der das Verpflichtungsgefühl stärker ist als die Frage nach seinen

persönlichen Vorteilen. Allerdings gehört dazu ein gegenständliches Symbol, ein sichtbares Familienoberhaupt, sei es ein einzelner Monarch, eine Dynastie oder ein Führungskollegium wie der römische Senat, zu dem man wie zu etwas zeitlos Sakrosanktem hinaufschaut. In einer Familie mögen sich viele Mitglieder - insbesondere die Geschwister im kindlichen Alter - untereinander streiten, und Beamte mögen in - oft sogar sehr intriganten - Dezernatskämpfen auf eine unschöne Weise für die zum Leben einer organischen Körperschaft benötigten Spannungen sorgen, aber in Ganzheitsfragen darf es keinen Zweifel über Solidarität geben. Die Demokratie kennt keine solchen Bindemittel, und deshalb können schon die normalen Wettbewerbserscheinungen der Beamten untereinander verhängnisvoll werden.

33. Selbst ein schlechter Staatsführer kann (wie ein ungueter Vater) immer noch Loyalität und Anhänglichkeit beanspruchen, sofern er naturgegeben und nicht aufgezwungen empfunden wird.

Die Überzeugung von einer gottgewollten Obrigkeit oder einer naturgesetzlichen Regierungsgewalt, wie sie gegenüber Dynastien, Wahlkönigen und senatorischen Körperschaften unbestritten sein kann, genügt, um für jedes Staatsorgan ein verpflichtendes Zugehörigkeitsgefühl zu sichern. Das gilt sogar für führungslose Übergangszeiten, aber auch im Falle eines unzureichenden Staatsoberhauptes. Für den Bestand des Staates ist es - ebenso wie bei einem schlechten Vater für den Bestand der Familie - immer noch wichtiger, das lebendige Symbol der Gemeinschaft bis zu seiner natürlichen Ablösung durch den Tod in Wirkung zu erhalten als den Dauerwert der gesetzlichen Ordnung in Frage zu stellen.

Ganz anders verhält es sich bei einem Oberhaupt, das wie ein Stiefvater von Gegebenheiten eingesetzt wurde, die keine stilverpflichtende Gesetzmäßigkeit, sondern eine geradezu stilfeindliche Willkür darstellen. Die Massenmeinungen des Volkes, mit denen sich jeder Staatsbeamte beruflich bis zum Überdruß auseinandersetzen muß, dürfen niemals für die Wahl des Oberhauptes ein direktes uneingeschränktes Bestimmungsrecht haben, denn alles, was der Geist der Masse ohne Anleitung und Begrenzung entscheidet, ist qualitativ so unbestimmbar wie ein hölzerner Fetisch, mit dem primitive Menschen ihre Wunschbilder erfüllbar machen zu können glauben.

34. Eine wirklich erfolgreiche Zusammenarbeit einer Gemeinschaft und ihrer Führung ist immer nur bei langfristigen Verhältnissen möglich. Die Demokratie bietet den politischen Führern hierfür keine Möglichkeit.

Es ist ganz natürlich, daß sich heute jeder Beamte seinem politischen Chef gegenüber des Vorbehaltes bewußt ist: Nach der nächsten Wahl gibt es sehr wahrscheinlich einen neuen Chef, und es verlohnt sich daher gar nicht, über eine aktuelle Reibungslosigkeit hinaus um ein produktives Zusammenspiel besorgt zu sein. Es muß also jeder einzelne selbst zusehen, wie er zurecht kommt, sehr im Gegensatz zu dem Entstehungssinn der Arbeitsgemeinschaft. Die politischen Chefs eines Beamtenapparates müssen sich immer isoliert fühlen. Dazu ist es oft so, daß ein Teil der Beamten seine Stellung irgendeinem vorangegangenen Parteipolitiker verdankt, der grundsätzlich andere Anschauungen vertrat. Die Beamten sind somit versucht, ihrem neuen Chef mit einer gewissen passiven Resistenz die Arbeit zu erschweren und zumindest zurückhaltend oder gleichgültig zu sein, zumal man nie sicher ist, wie sich der demnächst zu erwartende Nachfolger des Chefs zu einem in bisheriger Richtung bewiesenen Arbeitseifer stellt. Folgt auf eine sozialdemokratische Regierung eine konservative Partei, so muß diese mit sozialdemokratisch ausgerichteten Beamten rechnen. Im Falle einer Rückkehr der Sozialdemokraten nach der nächsten Wahl kann es geschehen, daß einige neue konservativ beeinflusste Beamte Schwierigkeiten machen oder daß ihnen Schwierigkeiten gemacht werden. So zieht sich das Problem unbegrenzt hin, wie der Beamtenapparat bei einer solchen erniedrigenden Mißachtung seiner politischen Denkselbständigkeit zum nützlichen

Instrument in den Händen der politischen Chefs werden könnte, ohne an Charakter und Initiative zu verlieren. Selbst ein sehr gefestigter Philosoph muß in der Praxis erleben, daß ein solches Ansinnen über Menschenkräfte geht. Ganz abgesehen von dem Menschenverschleiß kann der Beamtennachwuchs nicht umhin, sich dem Zwang zur Opportunität anzupassen.

35. Ein Bauer baut seinen Wald für Enkel und Urenkel auf, um den Bestand der Hofgemeinschaft zu sichern. Er handelt dabei nach seinem eigenen Wissen und Gewissen. Ein demokratischer Staatsmann ist niemals in der Lage, weitsichtig zu planen.

In einem demokratischen Staat wird allmählich das ganze Dasein von kurzfristigen Planungen beherrscht. Das Vorbild der Politiker, die stets nur von Wahlperiode zu Wahlperiode denken, wirkt sich auch auf das Privatleben aus, und so ist jedermann bestrebt, nicht erst auf ausgereifte Früchte langfristiger Arbeit zu warten, sondern möglichst rasch jede gegebene günstige Situation auszubeuten. Der ganze allgemeine Lebensstil wird opportunistisch, mit anezogener Bedenkenlosigkeit gegenüber allem, was sich später einmal als schädlich erweisen könnte.

36. Kein demokratischer Staatsmann kann es sich erlauben, um einer besseren Zukunft willen irgend etwas Unpopuläres zu unternehmen, denn die Kritik des Volkes ist äußerst unzuverlässig, und sie versagt ihm die für weit ausholende Kraftanspannungen unerläßliche Rückendeckung.

Von jeher haben sich ehrenwerte Staatsmänner demokratischer Regierungen darüber beklagt, daß 90 % ihrer Arbeit nicht ihren Beauftragungen zukommt, sondern durch das Bemühen aufgezehrt wird, die Beauftragung zu erlangen und dann im Sattel zu bleiben. Alles, was sie für den Staat vorteilhaft halten, müssen sie immer daraufhin prüfen, ob ihnen dieserhalb nicht das Mandat entzogen wird, ob sie nicht mit ihrer Partei in Konflikte kommen und ob sie überhaupt noch Zeit genug für eine Verankerung ihrer Ideen haben, bevor die nächste Wahl wieder alles illusorisch zu machen droht. Bei weniger ehrenwerten Staatsmännern sind vielleicht die seelischen Konflikte und die zermürbenden Enttäuschungen über die Unvereinbarkeit des Richtigen mit dem Möglichen geringer, aber das wahre Interesse des Staates wird auch entsprechend weniger gewahrt. In parteipolitisch ungeklärten Situationen kann eine Regierung mit demokratischer Abhängigkeit geradezu arbeitsunfähig sein. Für einen politischen Staatsmann oder Beamten dürfen die zugewiesenen fachberuflichen Aufgaben niemals gegenüber seinen parteipolitischen Interessen ins Gewicht fallen.

37. In demokratischen Staaten muß der Schein der Leistung für entscheidender angesehen werden als der wirkliche Wert, und deshalb ist die Propagandawirkung einer Maßnahme wichtiger als ihre angebliche Zweckerfüllung.

Wer aufmerksam die Belohnungen oder Verehrungen beobachtet, die ein Volk von sich aus seinen Staatsmännern zuerkennt, wird unschwer feststellen können, daß sie höchst ungerecht verteilt werden. Eine Volksmasse ist niemals objektiv urteilsfähig, und der oft gerühmte Volksinstinkt ist hierin trügerisch. So ergibt sich von selbst, daß jeder Staatsmann in seiner Berufserfüllung darauf bedacht sein muß, vor allem für den Anschein einer aner kennenswerten Leistung zu sorgen, auch wenn er tatsächlich das Wohl der Allgemeinheit über die Forderungen seines Ehrgeizes stellt. Von diesem Zwang könnte er nur befreit werden, wenn er als Rückendeckung das Vertrauen einer königlichen Autorität oder einer unerschütterlichen Staatsführung besitzt. In einer Demokratie darf es kein solches selbstsicheres Fundament geben, und doch konnte es nur auf diese Weise möglich werden, 80

und mehr Prozent der persönlichen Arbeitskraft auf echte staatsorgerische Aufgaben zu konzentrieren, statt wie Bisher über 90 % für die eigene Sicherheit zu verbrauchen.

38. In einer Demokratie bestimmen die Parteien die Kandidaten, die dem Volk zur Wahl gestellt werden. Diese Vorwahl wird unzweifelhaft nach parteipolitischen Qualitäten vorgenommen, so daß es sich in Wahrheit niemals um eine Volksherrschaft handelt, sondern ausschließlich um Parteienherrschaften, die im Wettbewerb um die Beeinflussung der öffentlichen Meinung stehen.

Solange ein Volk sich die natürliche Anerkennung einer gewissen Führungsschicht bewahrt und in der Lage ist, hierbei persönlich bekannten Leuten Vertrauen zu schenken, wird man Kandidaten erwarten können, wie sie der Ebene einer Regierungsbefähigung entsprechen. Ganz anders verhält es sich mit der Stufenleiter, auf der sich Führungskandidaten einer Demokratie heraufarbeiten. Ihre fachliche Ausbildung betrifft eigentlich nur ihre Rednergabe oder sonstige Mittel zum Fang von Wahlstimmen zugunsten der Partei. Allgemeine menschliche Qualitäten sind häufig sogar hinderlich, zumal man sich in dem stets unvermeidlichen Kreise der Parteifreunde durch überparteiliches Denken und ein kultivierteres - der späteren Regierungsaufgabe angemessenes - Wesen sicherlich keine Sympathien erwirbt. Der Wettkampf des Ehrgeizes erzeugt eine tiefe Abneigung gegen die großen Begabungen, und daher pflegen alle demokratischen Parteikreise in einem betont kleinbürgerlichen und gänzlich humorlosen Geiste befangen zu sein. Kleinbürger haben eine sehr feine Witterung für Persönlichkeiten, die über den Durchschnitt hinausgewachsen sind und deshalb sofort angefeindet werden, sofern sie nicht die Macht zu ergreifen versprechen. Es kann als Erfahrungstatsache gelten, daß aus den Parteschulen nur sehr selten echte Persönlichkeiten hervorgehen, ziemlich unabhängig von ihrem soziologischen Standort und ob es sich um Konservative, Liberale, Sozialisten oder extreme Außenseiter handelt. Allgemein kommt es nicht mehr darauf an, daß tagtäglich von Fall zu Fall - wie z. B. bei der erfolgreichen Führung eines großen Industrieunternehmens - von verantwortlichen Fachleuten zweckmäßige Anordnungen getroffen werden, sondern daß Parteidisziplin geübt wird. Ein systematisches Volksinteresse gibt es nur im Rahmen der Parteiinteressen.

39. Jeder Versuch, dem Volk tatsächlich das uneingeschränkte Recht zur Wahl seiner Regierungsorgane zu geben, scheitert an der technischen Unmöglichkeit.

Das deutsche Volk besteht aus vielen Millionen wahlberechtigter Mitglieder. Die Zahl der verantwortlichen Regierungsorgane ist vergleichsweise sehr klein, und die letzte Entscheidung hat im wesentlichen sogar nur ein einziger Regierungschef, den noch nicht ein Promille der Bevölkerung persönlich kennt, geschweige, daß es auch seine Fähigkeiten zu beurteilen vermag. Das Ziel, das Volk zu beherrschen und zu seinem Besten der höheren Einsicht einer politischen Autorität untertan zu machen, ist in allen Regierungsformen selbstverständlich, aber in einer Demokratie wird dies nicht offen zugegeben und auch nicht methodisch in Regeln zum Ausdruck gebracht, sondern es wird verheimlicht und in Parteicliquen versenkt, um die Fiktion einer Selbstbeherrschung des Volkes aufrecht zu halten.

Nicht die persönliche Tüchtigkeit qualifiziert einen Mann, der sich dazu berufen glaubt, sondern er muß zuerst eine Partei bilden oder in einer Partei nach oben drängen. Hierfür benötigt er einerseits sehr viel Geld oder sehr viel Anpassungsfähigkeit an die Stufenverhältnisse und in jedem Fall eine gewaltige Kraftvergeudung. Dadurch tritt eine erhebliche Verschiebung der Zielteilung ein. Aber auch dann noch ist es ihm zumeist nicht möglich, in einem nennenswerten Maße Gelegenheit für persönliche Beziehungen zu den

Wählern zu finden. Er behauptet zwar, sein Mandat vom Volk zu bekommen, aber in Wirklichkeit muß ihn Hierzu erst die Partei herausstellen, und dann beginnt nach erfolgter Wahl der Kampf innerhalb der Partei um eine praktische Ausübung des Mandates. Der überwiegende Teil der Abgeordneten wird nie in der Zeitung genannt, so daß auch die Möglichkeit einer parteiunabhängigen Popularität entfällt. In der Praxis ist es mit wenigen Ausnahmen so, daß nicht Menschen, sondern eine Partei gewählt wird und daß die wenigsten Wähler wissen, wer eigentlich ihre angeblichen Herrschaftsrechte vertritt. Auch die Versuche, den persönlichen Wirkungsbereich durch eine ausgedehnte rednerische Tätigkeit zu vergrößern, müssen unzulänglich bleiben, denn die Zahl der möglichen Massenversammlungen ist gegenüber dem Volksganzen verschwindend gering. Die Ohnmacht der Wähler, überhaupt irgendwelchen Einfluß auf die Regierungsausübung zu gewinnen, ist so offensichtlich, daß außer bei ganz einfachen Alternativen - das Interesse daran immer mehr verloren geht.

40. Das Laienpublikum kann - bis zu einem gewissen Grade - lediglich über die Vertrauenswürdigkeit eines persönlich bekannten Kandidaten eine eigene Meinung zum Ausdruck bringen, aber kaum jemals über fachliche Qualitäten, ebenso selten wie bei der Wahl eines Arztes oder Rechtsanwaltes. Die demokratische Idee einer sachlichen Interessenvertretung ist unsinnig, denn die Stimmen der wenigen sachkundigen Wähler sind belanglos gegenüber der Wirkung massenpsychologischer Beeinflussungen. Die klügsten und gewissenhaftesten Wähler, seien es Nationalökonom, Psychologen oder Historiker, werden massenhaft überstimmt durch das völlig gleichwertige politische Mitbestimmungsrecht der bäuerlichen Arbeiter, Dienstmädchen und der zahllosen anderen ehrenwerten Berufsvertreter, die über keine genügende Selbständigkeit ihres Urteils verfügen, sondern irgendwelchen zufälligen Kombinationen oder einer einseitigen Propagandatechnik unterliegen. Kein Wirtschaftsunternehmen wäre auf diese Weise lebensfähig und erfolgreich zu machen. Warum also der Staat, der nach demokratischer Auffassung die größte Arbeitsgemeinschaft des Volkes darstellen soll?

41. Die Herrschaft des demokratischen Durchschnittsverständes verhindert den geistigen Fortschritt.

Der unselige demokratische Grundsatz, Mensch gleich Mensch zu setzen, ganz gleichgültig, ob es sich um geistige Riesen oder Zwerge handelt, fordert die Frage heraus, warum für die innerafrikanischen Pygmäen und die ostasiatischen Analphabeten noch eine Grenze der Gleichberechtigung gegenüber den Menschenaffen oder sonstigen höheren Tieren gezogen werden soll. Wenn jedermann bestätigt erhält, daß er seine mehr oder weniger unvollkommene Anschauungsweise mit gleichem Gewicht auf die Waagschale der Regierungsentscheidungen legen darf, wie ein Mann, der seine Abgeklärtheit und Weltklugheit mehreren erzieherischen Generationen oder einer ungewöhnlichen Begabung verdankt, so fehlt für ihn jeder Anreiz und jeder Sinn eines Bemühens, für sich selbst oder seine Nachkommen ein höheres Menschentum anzustreben. Als Wunschziel kann nur noch die Steigerung egoistischer Triebbefüllungen bestehen bleiben, und ein solches einseitiges Streben ist für die Wohlfahrt des Ganzen untauglich.

Infolgedessen zeigen alle demokratischen Experimente als Merkmal der Stagnation eine unverhüllte Abneigung gegen jede seelische und geistige Überlegenheit, zumeist im Gegensatz zum Volksinstinkt. Auf der anderen Seite steht die Überbewertung des technischen Fortschritts und der oberflächlichen Unterhaltungskünste, die beide auch ohne schöpferische Resonanzwilligkeit einfach als materielle Vorteile erfassbar sind. Der demokratische Wahn der Selbstbestimmung läßt es nicht zu, daß jemand seine Urteilsbegrenzung und damit eine Minderwertigkeit eingesteht. Mehr oder weniger fühlen sich alle gezwungen, ein

Sachverständnis vorzutäuschen und im lächerlichen Spiel der politischen Kannegießerei mitzutun. Das bedingt jedoch eine Ausschaltung aller derjenigen, von denen man weiß, daß sie die Schaumschlägerei durchschauen. Die Angst vor einer Entlarvung kann sogar einen tödlichen Haß erzeugen, verstärkt durch die Neigung geltungssüchtiger Massenmenschen, das „Glänzende zu schwärzen und das Erhabene in den Staub zu ziehen“. Übernimmt jemand eine Rolle, der er nicht gewachsen ist, so wird er früher oder später zwangsläufig zum Betrüger, und in einer Volksherrschaft betrifft dieses Unheil das ganze Volk. Naturgemäßer wäre es, wenn niemand in Dingen maßgeblich zu sein versucht, für die ihm das Fachwissen und die Urteilsbefähigung fehlen und wenn jedermann Ehrfurcht vor denjenigen empfindet, die durch Vorbildung und Begabung in der Lage sind, ihm die Verantwortung abzunehmen. Die bedeutenden Denker Deutschlands im 17., 18. und 19. Jahrhundert hätten in einer Demokratie niemals eine ausreichende Resonanz gefunden. Ein Goethe wäre niemals auf Grund seines literarischen Ruhmes schon in jungen Jahren ein auf Lebenszeit beamteter Minister geworden, sondern hätte trotz seines juristischen Studiums sehr gute Parteibeziehungen haben müssen, um an einen auskömmlichen Regierungsposten zu gelangen. Seine Produktivität aber hätte er unter allen Umständen auf den populären Stil seines Werthers beschränken müssen. Das Volk fand weder damals noch heute Verständnis für seine unermeßliche Bedeutung, und wenn man auch von seinem herzoglichen Gönner ebenso viel Launenhaftigkeit wie Einsicht annehmen wird, so bot ihm doch das Schicksal erst in der herrschaftlichen Struktur souveräner Sicherheit die unentbehrlichen Voraussetzungen zu seiner universellen Entwicklung.

Wo Durchschnittsverstand und Triebprimitivität einer geistig führungslosen Volksmasse herrschen, finden die Kräfte des Schöpfertums kein Gestaltungsmaterial.

42. In einer Demokratie können nur rechnerische Gesichtspunkte zur Geltung kommen. Die schwer erfassbaren schöpferischen Impulse und ihre unbürgerlichen Begleiterscheinungen werden zwar manchmal auch in hierarchisch regierten Staaten als gemeinschaftsfremd oder schädlich verdächtigt, aber das Richtertum der Kleinbürger übertrifft an Unduldsamkeit alle Tyrannen.

Es gehört zu den Rätselhaftigkeiten der schöpferischen Inspirationen, daß sie weder durch Zielstrebigkeit noch durch Willensanspannung erzwungen oder gefördert werden können. Die großen grundlegenden Erfindungen, Entdeckungen und Gestaltungen der Menschheit sind in der Regel beinahe spielerisch und absichtslos geboren worden, oder sie wurden am Rande des Weges nach ganz anderen Zielen aufgegriffen. Jede Methodik versagt, es sei denn, daß man den Luxus der Ziellosigkeit, der Zweckentbindung und der Befreiung von Arbeitsverpflichtungen als eine Methodik ansieht, die jedoch noch keine Garantie auf Erfolg enthält. Dazu widerspricht ein so normenwidriges und anscheinend schmarotzerhaftes Dasein zutiefst der kleinbürgerlichen Lebensauffassung.

Die schöpferischen Fackelträger der Menschheit waren im Leben häufig wunderliche Leute, und wegen ihrer Regellosigkeit wurden sie zudem vielfach verkannt. Trotzdem müssen wir annehmen, daß ihre Absonderlichkeit geheimnisvollen Gesetzmäßigkeiten entspricht. Wie aber sollte jemals ein dem Volke demokratisch verantwortlicher Staatsmann in der Lage sein, etwaigen persönlichen Instinktregungen zu folgen und ohne spezielle Beauftragung irgendwelche bürgerlich fragwürdige Menschen zu unterstützen! Nichts kennzeichnet die Tragik der demokratischen Idee so sehr wie der fürchterliche Hohn, mit dem Sokrates in seiner Verteidigungsrede für sich eine Staatspension beantragte. Ein demokratischer Idealstaat hat für Ausnahmemenschen keinen Raum, denn seine Sachwalter dürfen nur in unmittelbar

ersichtlichen Nutzeffekten rechnen, und das verlangt eine Automatik, die den Tarifklassen der deutschen Gewerkschaft förderlich ist, aber weiß Gott nicht dem deutschen Geistesleben. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt pflegten von jeher Könige, große Herren und privater Reichtum den Nährboden für schöpferische Großtaten der Menschheit zu bilden, denn nur in einem ausschließlich selbstverantwortlichen Mäzenatentum fanden die Ausnahmemenschen den Schutz, den sie wegen ihrer Einseitigkeit benötigten. Dazu gehörte als Kontrasterscheinung die Boheme, in der sich ebenfalls Außenseiter der Verpflichtung zum Normaldasein ,entziehen konnten. Beide Möglichkeiten werden durch die materialistischen Normierungen einer Demokratie verschlossen.

Man wird dagegen einwenden können, daß eine demokratische Uniformität niemals so übertrieben zu werden braucht, daß es in ihr keine reichen Leute mehr gibt und daß statt dessen Funktionäre mit ihren Gefolgschaften einen Ameisenstaat zum Vorbild nehmen. Da jedoch Volksregierungen vergleichsweise außerordentlich teuer sind (das Zusammenspiel der Kräfte bleibt sehr viel undisziplinierter als in autoritären Staaten, die Staatsausgaben für Konzessionen an das Publikum sind sehr viel höher und die Zahl der Beamten muß zum Ausgleich der fehlenden inneren Antriebskräfte sehr viel größer sein), ist es unvermeidlich, daß die Steuern immer drückender werden und durch Überbelastungen der Erfolgreichen eine rücksichtslose, jedes echte Mäzenatentum verhindernde Nivellierung erzwingen.

Die für Demokratien kennzeichnende Forderung der Gleichförmigkeit entspricht dem Instinkt der kleinbürgerlichen Majorität, die zum Schutz des eigenen Geltungsgefühls nichts zu dulden gewillt ist, was vornehmer, edler, besser, feingeistiger oder vorgebildeter zu sein scheint als sie selbst. Das betrifft auch das Anderssein der Künstler, die nicht in die bürgerlichen Schablonen passen. Ein regierender Fürst wie der Herzog von Sachsen-Weimar nahm keinerlei Anstoß daran, daß Goethe 18 Jahre im Konkubinat lebte, ja er adelte sogar den illegitimen Sohn und zog ihn an seinen Hof. In einer Demokratie sind die Maßstäbe so hart, daß man Goethe sehr nachdrücklich den Beweis abgefordert hätte, warum man nicht standesamtlich getraut sein darf, um Gedichte schreiben zu können.

In Deutschland wird die Zunahme der Mittelmäßigkeit - außer an den Symptomen der Kunst und der Verminderung denkerischer Impulse - noch nicht so deutlich sichtbar wie in anderen pseudodemokratischen Staaten, doch das liegt nur an der Kürze der Zeit seit der Zerstörung der alten Reichstradition. Der Elan der ungeheuer produktiven Vergangenheit strahlt noch ein wenig bis in die Gegenwart, und noch viele Ideen harren der Ausarbeit. Doch sobald diese Impulse aufgezehrt sein werden, dangt die Weltanschauung des Kleinbürgertums zur Alleinherrschaft, für die Sokrates nur ein Narr war und in der er wie ne von den verhaßten Aristokraten gezüchtete Sumpfpflanze hämischer Nutzlosigkeit ausgemerzt wurde.

43. In Demokratien ist man zu Anfang regelmäßig bemüht, die vorhandenen Kulturwerte weiterhin zu pflegen oder gar fortschrittlich zu ergänzen, aber dann zeigt sich bald die geistige Unfruchtbarkeit der Massenseele, und es folgen Ratlosigkeit und Leere mit den fürchterlichen Auswirkungen Bild wuchernden Unkrautes.

Eine demokratische Regierungsform, die den Liberalismus einer konstitutionellen Monarchie oder eines republikanischen Patriziats sozialistisch ablöst, ist bemüht, auch ihrerseits die Fähigkeit zur Förderung von Kunst und Wissenschaften zu bereisen, obwohl hierzu alle Voraussetzungen fehlen. Sie tut dies ach keineswegs aus einem inneren Bedürfnis, sondern aus Furcht vor Beschuldigungen geistiger Minderwertigkeit, und weil man glaubt, daß dies zum Begriff der Selbstherrlichkeit gehört. Das Volk interessiert sich im allgemeinen weder für die Anschauungswelt der wissenschaftlichen Grundlagenforschung noch für die Problematik

des zeitgenössischen künstlerischen Schaffens - dazu sollte man sich einmal die Privatwohnungen der deutschen Landtags- und Bundestagsabgeordneten ansehen -, aber das Thema gehört nun einmal zur konventionellen Verpflichtung einer Staatsregierung. Allerdings muß das ehemals rein persönliche Mäzenatentum durch soziale Pflichten des Staates ersetzt werden, nicht allein, weil die Mäzene musisch und wirtschaftlich zum Aussterben verurteilt sind, sondern auch angeblich, um an Stelle der Einseitigkeit privater Willkür eine sozial ausgleichende Auftragserteilung zu sichern. Damit Kunst und Wissenschaften besonders deutlich in den Genuß der Freiheit kommen, bevorzugt man - vor allem anfangs - alle bisher anscheinend zu Unrecht vernachlässigten Kunstrichtungen, gewissermaßen als demonstrative Wiedergutmachung mit einem Hinweis auf die Sünden der Vorgänger.

Wie zur Zeit des Umbruchs 1918 in Rußland hat man auch in Deutschland eine spezielle Verehrung der gegenstandslosen und deshalb hochmodern geglaubten Kunst betont, nur weil sie vorher ohne größere Resonanz geblieben war. Da nun aber die demokratischen Volksvertreter in ihrer Mehrzahl nicht das geringste von Kunst verstehen und im Grunde genau so kleinbürgerlich urteilen möchten wie Adolf Hitler, aber andererseits dies nie zugeben und sich auch nicht das Vergnügen entgehen lassen wollen, auf Kosten des Staates ein königliches Mäzenatentum zu kopieren, geraten sie in die Abhängigkeit geschickter Inszenierungen und Einflüsterungen.

In Fragen der großen künstlerischen Tradition würden die arrivierten Volksvertreter ziemlich ausnahmslos ein beschämend geringes Verständnis offenkundig werden lassen - sofern sie nicht gerade beamtete Kunsthistoriker sind, die wiederum der zeitgenössischen Kunst sehr kritisch gegenüberzustehen pflegen -, und deshalb sind sie froh darüber, Dinge vertreten zu können, die den meisten anderen Leuten ebenso unverständlich sind wie ihnen selbst, so daß der Nachweis ihrer Fehltritte erschwert wird.

Aus dem gleichen Grunde - d. h. zwecks Verschleierung tatsächlicher Unzulänglichkeit - haben viele Maler, Bildhauer und Architekten die von kleinbürgerlichen Verwaltern öffentlicher Gelder gebotene Gelegenheit ausgenutzt, sich das Scheindasein bedeutsamer Avantgardisten zu sichern, deren Rang unmittelbar von dem Grade ihrer Unverständlichkeit abhängt. Das können sie umso leichter tun, als wirkliche Kunstkenner, die auch im ‚abstrakten‘ zwischen echt und unecht deutlich unterscheiden können - und zwar nicht mit dem Verstand, sondern durch geschulte Registrierung von kompositorischen Sinnenreizen -, kaum zur Geltung kommen. Selbstverständlich mußten auch Mäzene des alten Stils mit Fehlspekulationen rechnen, aber es besteht kein Zweifel darüber, daß jemand, der sein eigenes Geld in Kunstwerken anlegt, sehr viel sorgfältiger zu prüfen geneigt ist und hierzu gewissenhafter Erfahrungen sammelt als der Verteiler öffentlicher Gelder. Der Unfug der dilettantischen Staatskunstlenkung unterliegt dann früher oder später dem Zwang der Anpassung an den Volksgeschmack, sobald sich die zuständigen ‚Volksvertreter‘ erst einmal wieder aus ihrer Verschüchterung befreit haben und ungeniert in die Niederungen der populären Unterhaltungskunst zurückkehren.

Es ist völlig hoffnungslos, das ganze Volk unmittelbar zum Kunstgenuß erziehen zu wollen, und es ist verhängnisvoll, mit der Bevorzugung abstrakter Kunstrichtungen das Volk gänzlich abzuschrecken, denn es wird nur umso nachdrücklicher auf der gewohnten Alternative des Lachens oder Weinens beharren.

44. Falsch gelenkte Kunst verursacht seelische Entartungen des Volkes und steigert die Gefahr der Vermassung.

Bereits in der kaiserlichen Zeit vor 1914 wirkte sich die staatliche Auftragstätigkeit nur zugunsten der Mittelmäßigkeit aus. Der letzte Kaiser war selbst im Massengeschmack befangen, und nicht zufällig ein regierender Fürst oder maßgebender Berater den Erlebnistrieb echter Mäzene besaß, erwies es sich überall in der Welt als notwendig, auf das Auswahlvermögen privaten Reichtums zu hoffen. Die überwältigende Mehrheit aller auf Erden bekannten schöpferischen Genies fanden ihre Entwicklungsmöglichkeit im Schutze eines persönlichen Mäzenatentums, bis in die neueste Zeit.

Mehrheitsbeschlüsse sind, mit seltenen Ausnahmen, kunstfeindlich, und deshalb kann kein demokratischer Staat die Willkür des subjektiven Kunstinstinktes ersetzen. Früher betrafen solche Fehlversuche nur die Mittelmäßigkeit, aber heute öffnen sie dem furchtbarsten Dilettantismus, der Scharlatanerie und dem echten Betrug Tür und Tor. Die ehemals gängigen Historien- und Landschaftsbilder waren wenigstens handwerklich gut, auch wenn sie vielfach auf Theaterwirkung oder eine reproduktive Naturechtheit im Sinne der Farbenphotographie abzielten. Sie konnten keinen Schaden stiften, aber heute betrügen die maßgebenden Kulturwarte sich selbst und ihresgleichen über ihre angeblichen Kunsterlebnisse in verhängnisvollster Weise, ohne daß die geringste Voraussetzung irgendwelches handwerklichen Könnens die Hemmungslosigkeit der Zumutungen vermindert. Die Folge davon ist eine ungeheure Leere in dem Sehnsuchtsbereich des Volkes, das nicht fähig ist, sich an solchen Selbstbetrügereien zu berauschen und mangels handwerklich anständiger Kunst mit auch ihm geläufigen Ausdrucksmitteln unbefriedigt bleibt. Damit sind den geschäftlichen Spekulanten auf einen niedrigen Massengeschmack alle Chancen in die Hand gegeben.

Die schwerste Schuld an der zunehmenden Vermassung ist den Versündigungen der modern sein wollenden Architekten zuzuweisen. Sie suchen nicht nach inneren Gesetzmäßigkeiten, sondern nach Sensationsmöglichkeiten, um sich zur Geltung zu bringen. Ehemals waren die Baumeister in dem gesunden Rahmen von Forderungen der Tradition, der Landschaftsverbundenheit und der Zweckerfüllung gezwungen, sich ihre künstlerische Gestaltungsfreiheit in schwerem Ringen um optimale Lösungen zu erarbeiten, aber heute fühlen sich nur sehr wenige der bis zur öffentlichen Aufmerksamkeit durchgedrungenen Architekten veranlaßt, um seelischer Motive willen auf die Ausnutzbarkeit eines Auftrages zu Ungewöhnlichkeiten für Propagandazwecke zu verzichten. Die Psychose des „Einmal anders“ schuf einen peinlichen Neojugendstil, sehr zum Schaden des stilistisch führungslos gewordenen Volkes.

Am verhängnisvollsten sind die Siedlungsbauten und die großstädtischen Planungen, die eine Wohnungseinheit ver Hundertfachen und den demokratischen Normalbürger sozusagen in seinem Gehäuse uniformieren. Ehemals setzten sich die Städte und Dörfer auf eine höchst lebendig wirkende Weise aus Häusern zusammen, die zwar im Zeit- und Landschaftsstil übereinstimmten, aber sich in Größe, Anlage und Einzelheiten niemals wiederholten. Heute sind nicht nur die Bauteile genormt, sondern die ganzen Häuser und Wohnungen dienen als Massenware der Züchtung von Massenmenschen.

45. Die vom demokratischen Staat geforderte Verantwortlichkeit für das Wohlergehen aller Bürger zerstört die Ethik der Selbstverantwortlichkeit der einzelnen Menschen und begünstigt ihre Schwächen.

Demokratien werden von Idealisten erdacht und propagiert. Die von ihnen geprägten Schlagworte einer allgemeinen und ausnahmslosen Menschheitsbeglückung werden jedoch bei konjunkturellen Aussichten von ehrgeizigen Demagogen und politischen

Geschäftemachern sofort enteignet und unter Mißbrauch gutgläubiger Gefolgsleute in die Praxis des persönlichen Geltungskampfes eingesetzt. Auch in den höfischen Sphären selbstsicherer Regierungen entstanden ziemlich regelmäßig moralische Versumpfungen, aus deren trüben Bodensatz hin und wieder Paradebeispiele hemmungslosen Eigennutzes auftauchten, aber sie konnten nur sehr selten das volle Tageslicht ertragen. Dagegen wachsen sich die demokratischen Sumpfbildungen sehr schnell zu einer bleibenden Einrichtung aus, weil der innere Widerspruch zwischen der idealistischen demokratischen Grundidee und ihrem zwangsläufig eigensüchtigen Materialismus die Regierungspraxis in innere Widersprüche drängt.

Not und Elend zu beseitigen gehört seit den ältesten Zeiten zu den selbstverständlichen Pflichten jeder Staatsführung, und im Gegensatz zu ihren Behauptungen haben die Demokratien hierin keinerlei prinzipiellen Fortschritt gebracht. Dagegen haben sie mit zwei unredlichen Motiven die Gefahr eines reinen Wohlfahrtsstaates erhöht, so daß das Recht auf automatische Versorgung allmählich über den Anspruch auf Zuweisung von Mitarbeit gestellt wird und die leistungswillige Hälfte des Volkes die Arbeit für die andere Hälfte übernehmen muß, ob sie altersschwach, krank oder in Wahrheit nur unwillig ist. Das erste Motiv ist der Wahlkampf mit seinen zielstrebigem Versprechungen, und das zweite ist die demokratische Anschauungsweise, daß die Dankesverpflichtungen der privaten Wohltätigkeit entehrend seien und deshalb durch Ansprüche an den Staat gegenstandslos gemacht werden mußten.

Die vorherrschend primitive menschliche Natur läßt erwarten, daß viele Staatsbürger in rasch zunehmendem Maße Gelegenheiten ausfindig machen, die Wohlfahrtseinrichtungen ohne die geringsten Skrupel ungebührlich auszubeuten. Sie denken überhaupt nicht mehr darüber nach, daß ihr fehlender Leistungsanteil die Lasten ihrer Mitbürger vergrößert. Die gleiche Erkaltung der Herzen tritt auch auf leiten der arbeitstreuen Menschen ein, denn die demokratische Erhöhung der Steuern und die Forderungen der staatlichen Versorgung entheben sie jeder Verantwortlichkeit gegenüber ihren Mitmenschen. Auch reiche Leute - soweit ehrlicher Reichtum in einer konsequenten Demokratie überhaupt noch möglich ist - finden mit dem Hinweis auf den Staat eine bequeme und unwiderlegbare Ausrede, sich allen Verpflichtungen der privaten Wohltätigkeit zu entziehen.

Theoretisch ist es wahrhaft ideal zu nennen, wenn Alterschwäche und Krankheit einen vollgültigen staatlichen Schutz genießen, ohne auf die Zufälligkeiten der privaten Nächstenhilfe angewiesen zu sein, aber dazu bedarf es keiner allgemeinen demokratischen Verstaatlichung des Mitleids. Außerdem gehen allzu leicht die Antriebskräfte zur Selbsthilfe verloren, und auch wenn ein Staat über genügend Mittel für totale Wohlfahrtswerke verfügt, so wird sich die Abnahme der menschlichen Beziehungen im persönlichen Geben und Danken seelisch als äußerst fehlwirksam erweisen.

Weiterhin ist es undenkbar, daß die Mechanik der staatlichen Hilfsstellungen, die weder an Dank noch an Selbstkritik gesunden sind, auch bei sorgfältigster Organisation ohne nachhaltige Konflikte mit den eingebildeten Gerechtigkeitsbegriffen der Antragsteller bleibt und daß nicht gerade die seelisch wertvollen Teile des Volkes mit einigem Recht zur Überzeugung kommen, im Vergleich zu den gewissenlosen Nutznießern der Hilfseinrichtungen benachteiligt zu werden. Das Riesenheer der Beamten für Arbeitslosenunterstützung und die Wohlfahrt erhöht die Steuerlast der arbeitenden Bevölkerung. Mit der Zunahme der Gesetze nimmt auch die Möglichkeit ihrer Umgehung und eigensüchtigen Ausbeutung zu, bis die Überbelastung der Tüchtigen bei dem ersten Konjunkturwandel den Staat zusammenbrechen läßt.

46. Fehlt in einem Staat das ideologische Bindemittel eines überraationalen Selbstzweckes, so löst er sich in Kleingebilde, die Cliques, Interessengruppen und Verbände, auf, die ohne Rücksicht auf staatliche Belange ein verhängnisvolles Geltungsbestreben entwickeln.

Man darf nicht glauben wollen, daß die konsequente Verleugnung der massenpsychologischen Menschennatur mit ihren staatlichen Glaubensbedürfnissen denkselfständige Individuen an Stelle von denkunfähigen Befehlsempfängern züchten läßt. Soweit in strukturlos geplanten Gemeinschaften von einem Individualismus gesprochen werden kann, bezieht sich das ausschließlich auf die Zunahme der persönlichen Eigensucht, und das ist ein Rückschritt in staatenlose Frühzeiten der Menschheit. Da nun der Trieb zum Zusammenschluß und zu massenpsychologischen Denkvereinfachungen heute noch unzerstörbar ist, konzentriert er sich mangels patriotischer Ansatzmöglichkeiten auf zahllose Vereine, Kleinstgemeinschaften und Berufsverbände, die auf diese Weise eine für den Staat bedrohliche Wichtigkeit gewinnen. Sie sind mit Krebsgeschwüren zu vergleichen, die allzu viele vom Staat benötigte Energien abschöpfen und zugleich mit hypertrophen Wucherungen das Gleichgewicht sowohl des seelischen als auch des materiellen Staatshaushaltes behindern. Ähnliche Erscheinungen treten auf, wenn die Vorherrschaft einer religiösen Weltanschauung verloren geht, da das Volk sich nur zum geringsten Teil mit philosophischen Vorstellungen begnügt. Die praktischen Erfahrungen lehren, daß jede antireligiöse Propaganda mit sofortiger Vervielfachung des primitivsten Aberglaubens und einer verhängnisvollen Zunahme der betrügerischen Ausbeutung des tief in unkontrollierbarer Dummgläubigkeit versinkenden Volkes bezahlt wird.

47. Die demokratische Nivellierung verhindert mehr und mehr die selbstverantwortliche Überzeugungstreue, die zwar noch in Selbständigen Unternehmungen ein bescheidenes Dasein fristet, aber bei großen Kräfteballungen längst durch Mandate ersetzt wird, die in ihrer Abhängigkeit nur selten die Möglichkeit haben, direktoriale Überzeugungen in kompromißlos durchführbaren Entscheidungen zu verwirklichen.

Die oft beklagte Unbelehrbarkeit der Funktionäre beruht auf einem Umstand, daß sie nach außen hin eine Gemeinschaftsmeinung oder Massenmeinung vertreten und daher persönlich gar nicht ansprechbar sind. Sie dürfen sozusagen beruflich keine eigene Meinung haben, denn selbst im Falle einer persönlichen Objektivität müssen sie es prinzipiell ablehnen, bei Diskussionen entsprechende Zugeständnisse zu machen. Der Vertreter einer Arbeitnehmerorganisation wird niemals den Standpunkt eines Diskussionsgegners anerkennen können, auch nicht, wenn ihm mit mathematischer Schlüssigkeit eine Endgültigkeit bewiesen wird. Der Funktionär eines Arbeitgeberverbandes würde sich den schwersten Vorwürfen des Parteienverrates aussetzen, wenn er Objektivität bewiese. Es kommt weder auf Wahrheitsfindung noch auf ein richtiges Gleichgewicht allseitiger Vorteile an, sondern nur auf Abwägen der Machtverhältnisse mit Rückenführung, um sich zu vergewissern, ob der kollektivistische Auftraggeber nicht unzufrieden wird.

Für Gedankengänge, die individuellen Überlegungen entstammen, haben Funktionäre kein Organ, denn sonst wären sie eben als Funktionäre unbrauchbar. Ihre Sprache ist - ohne daß sie sich dessen bewußt sind massenpsychologisch geformt und begrenzt. Sogar bei Privatgesprächen unter vier Augen haben sie schon vielfach die Angewohnheit, wie in einer Volksversammlung überlaut zu dozieren. Taucht irgendein ungewohnter oder neuer schöpferischer Gedanke auf, so hören sie nicht mehr zu, denn ihr Diskussionsbereich ist festgelegt. Ob ihr Verhalten in Gefechten ist beruflichen Gegnern anständig oder heimtückisch, verleumderisch und irreführend genannt werden kann, bleibt von

untergeordneter Bedeutung, denn gut und böse hat für sie nur in Bezug auf die Zufriedenheit ihrer massenpsychologischen Auftraggeber einen begreifbaren Sinn.

Die eigentlichen gegnerischen Interessenten, also tätige Unternehmer und richtige Arbeiter, kommen schon lange nicht mehr zu einem direkten Gespräch, da ihnen hierzu angeblich die Zeit und die Vorbildung fehlen. Sie werden deshalb von Anwälten vertreten, die ihre wahren Interessen nicht am eignen Leibe verspüren und keine persönliche Überzeugung zum Ausdruck bringen dürfen, wenn sie nicht ihre Existenzberechtigung in Frage stellen wollen. In Demokratien ist es zwecklos, Individuen überzeugen zu wollen, und jeder Politiker mit neuen Ideen muß zuerst Formulierungen für das Massengehirn ausprägen, um auf dem Wege über eine eigene Parteibildung einen Eingang in die Despotie der Funktionäre zu öffnen.

48. Die staatsgefährliche Phantasie einer Volksherrschaft macht sich durch die Anonymität der Verantwortung unangreifbar.

Wir kennen den Hohepriester der Juden und den römischen Landpfleger, die Christus dem Kreuzigungstod überantwortet haben, denn Judäa war ein autoritär regierter Staat, in dem nur selten der Volkswillen wirklich in Rechnung gestellt wurde. Dagegen weiß niemand, wer den Tod des Sokrates verschuldet hat, denn Volksentscheidungen sind anonym und daher immer verantwortungslos.

Mag es heute auch schwieriger sein, Todesurteile rechtlich von Volkslaunen abhängig zu machen, so besteht doch kein Zweifel darüber, daß die Richter und Beamten einer staatlichen Justizmaschine regelmäßig geneigt sind, sich den Techniken der zeitweilig herrschenden Regierungsgewalten anzupassen, sei es ein Despot, der vor der Geschichte die Verantwortung trägt, sei es eine anonyme Volksherrschaft. Jede Staatsform findet die ihr gefälligen Richter, so daß der Glaube an ein politisch unabhängiges Recht durch keine Praxis bestätigt wird.

Es besteht jedoch ein sehr großer Unterschied darin, was als 'fällig angesehen wird. So ist es nahe liegend, daß die Idee der Beharrlichkeit in einer Monarchie auch dem Richtertum die Stärke gibt, gegebenenfalls den flüchtigen Interessen eines einzelnen Monarchen zu widersprechen, wohingegen das Schwanken regierender Volkslaunen eine erhöhte Unsicherheit der Richter unvermeidlich macht.

Bis 1918 gab es in Deutschland einen als verantwortlich geltenden Kaiser und gleicherweise persönlich verantwortliche Staatsmänner, die im wesentlichen gut oder schlecht nach bestem Wissen und Gewissen handelten. Nach 1918 gab es zwar auch noch Staatsmänner, aber sie durften nach allgemeiner Meinung nur Willensbekundungen des Volkes befolgen, so daß vor allem wegen des in Demokratien sehr häufigen Wechsels der Regierungsbeauftragten die Verantwortung für die verhängnisvollen Fehlschläge der Jahre 1918 bis 1933 nicht ermittelt werden kann. 1933 kam Adolf Hitler mit seinen Parteigängern zur Macht. Ihre unleugbare Verantwortung wurde 1945 mit Tod und Gefängnis bestätigt, wohingegen die amerikanischen, englischen und französischen Politiker, die dem nationalsozialistischen Abenteuer Vorschub leisteten, im dauernden Wechsel der Volksvertretungen überhaupt nicht in Gefahr gerieten, sich für ihr verhängnisvolle Spiel mit dem Feuer rechtfertigen zu müssen; trotzdem sie indirekt auch ihren eigenen Ländern schwere Menschenverluste zufügten. Eine gewisse Ausnahme bildet der Machttypus des Präsidenten der USA; aber es wäre irrig, ihn als ein demokratisches Charaktermerkmal auszugeben, da seine Befugnisse weit über jeden heute denkbaren Bereich eines konstitutionellen Monarchen hinausgehen.

49. Die demokratische Freiheitstheorie vermindert die Bindungen der Ehe und die Hemmungen vor sexuellen Entartungen.

In jeder Ehe ist es unausbleiblich und zur seelischen Auflockerung sogar sehr wertvoll, daß Spannungen auftreten, die bei produktiven Menschen notfalls bis an die Grenzen des Existenzwillens gehen. Wie sollten sonst die Menschen in ihren Beziehungen vor Ermüdung und Erlebnisarmut bewahrt werden oder wodurch könnten sie zu einer geistigen Vertiefung mit dem Ziel der menschlichen Veredlung gedrängt werden, wenn die mannigfaltigen schmerzlichen Verkettungen nicht die Aufmerksamkeit auf das Glück einer Verinnerlichung lenken würden.

Die Voraussetzung hierfür sind starke Hemmungen, sich den Schwierigkeiten der Ehe, der Lebensgemeinschaft oder der Staatsverpflichtungen leichtfertig durch eine Art Flucht zu entziehen. In einer gesunden Staatsstruktur bestehen diese Hemmungen aus bürgerlichen Traditionen, religiösen Geboten, Staatsgesetzen und auch den ideellen Gewißheiten, durch ethische Verpflichtungen der Treue mit der Unbegreiflichkeit des Ewigen verbunden zu sein. Nur diesen Autoritäten war es zu danken, daß ehemals ein hoher Prozentsatz der durch Konflikte bedrohten Ehen die schönste Belohnung: das Glück eines abgeklärten Daseins erlangten. Und nur so ist es zu erklären, daß in vielen Völkern die Bürger gerade nach katastrophalen Niederlagen trotzig zusammen standen, statt auf der Suche nach persönlichen Vorteilen auseinanderzustreben.

Die Argumente einer konsequenten Demokratie dulden keine Romantik, sondern behaupten, das Staatsinteresse sei lediglich aus einem Durchschnitt persönlicher Vorteilhaftigkeiten zusammengesetzt. Religionen seien Privatsache. Ethik gilt als ein letztlich philosophisch unklärbare Problem. Bürgerliche Traditionen fitten den fraglichen Wert revisionsbedürftiger Konventionen, i daß der Begriff jeglicher geistiger Autorität mit Ausnahme der Fähigkeit zur Erlangung materieller Gewinne verpönt bleibt. Die entscheidende Losung ist: Freiheit, größtmögliche Ungebundenheit und Hemmungslosigkeit jedes einzelnen, soweit es sich die Nachbarn gefallen lassen.

Damit öffnen sich die Schranken, mit denen Ehe und Staat zu öligen Bezirken abgegrenzt worden waren. Mit der zunehmenden Demokratisierung eines Landes nimmt die Zahl der Ehescheidungen sehr schnell zu. Selbstverständlich gibt es echte Ehescheidungsgründe, aber es wird den Ehepartnern in Demokratien [zu leicht gemacht, so daß sie jeder Launenhaftigkeit nachgeben dürfen, ohne durch vertiefte Nachdenklichkeit die Chancen größerer Dauerwerte wahrnehmen zu können.

Eine materialisierte Ehe kennt nur noch Geldverträge und Sexuelle Triebbefriedigungen. Da vor allem die Triebbefriedigungen dem Gesetz der Sättigung unterliegen, wird die alte Forderung lebenslanger ehelicher Bindungen widersinnig und unverzichtbar mit dem demokratischen Recht auf persönliche Befreiung. Ähnlich verhält es sich mit den sexuellen Entartungen, so daß an den Grad der weltanschaulichen Demokratisierung eines Landes daran erkennen kann, wie weit sich Homosexualität und Lesbiertum aus ihrer Verborgenheit hervorwagen.

Sicherlich ist es unmöglich, auf Ehescheidungen gänzlich zu verzichten und sexuelle Entartungen auszurotten, zumal das letztere Problem in künstlerische Erlebnisbereiche hineinragt, so daß es nicht so einfach zu lösen ist. Aber in jedem Fall sind starke Hemmungen notwendig, nicht allein zum Segen des einzelnen, sondern weil sonst der Staat erkrankt, von dessen Gesundheit rückwirkend die Lebensfähigkeit jedes einzelnen abhängt.

50. Das demokratische Prinzip der Befreiung von Furcht wird von der individualistischen Jugendpsyche - und verstärkt von der Massenpsyche - in eine Forderung der Respektlosigkeit

umgedeutet. Sie erzeugt die für alle Demokratien verhängnisvoll kennzeichnenden Schwierigkeiten der Jugenderziehung.

Auch die unzweifelhaft idealdemokratisch gedachten ersten Konstruktionsversuche der russischen Revolution waren durch demonstrative Freiheitsbeweise gekennzeichnet: die Entheiligung der Ehe und die Selbstbestimmungsrechte der Jugend. Sofern Rußland überhaupt noch eine stabile Staatsstruktur erhoffen konnte, mußten die Leichtfertigkeiten der neuzeitlichen Ehevorstellungen sehr bald wieder beseitigt werden. Danach drängte die inzwischen verwilderte Jugend auf erneute straffe Erziehungsmaßnahmen, so daß schließlich die freiheitliche Selbstbestimmung des Volkes im Vergleich zur zaristischen Zeit eher geringer als größer war. Nur mit einer sehr straffen Zucht konnte es den kommunistischen Funktionären gelingen, in kurzer Zeit ein ungemein zahlreiches Volk von Analphabeten in einer schwer erfaßbaren Raumweite schulisch auf ein gutes europäisches Niveau zu heben. Dieser bedeutende Fortschritt gegenüber dem an der Entwicklung des Volkes offenbar sehr uninteressiert gewesenen Zarentum setzte ein rechtzeitiges Abgehen von unerfüllbaren idealdemokratischen Programmen voraus. Daß einzelne Regierungsbeauftragte in Rußland typischen Machtpsychosen unterlagen, darf die Kritik an dem utopischen Freiheitsbegriff nicht vermindern.

Auch in Deutschland mehrten sich seit 1945 die Hemmungslosigkeiten der Jugend, wenn auch nicht so spontan wie in Rußland nach 1918, da vor allem anfangs sehr viel mehr Schranken der bürgerlichen Tradition aufgerichtet blieben. Noch immer ist das Ideal einer konsequenten Demokratie in Deutschland weit in einer Verwirklichung entfernt, aber unaufhaltsam dringt die zersetzende Kraft der uniformierenden Wahnidee tiefer in die letzten bisher noch unerschütterten geistigen Fundamente der deutschen Volksstruktur. So beginnt langsam wieder das charakteristische Tauziehen zwischen planlosen Unabhängigkeitsbetonungen der Jugend und systematischen Autoritätsforderungen der staatlichen Erzieher. 'r Polizeigewalt scheinen noch die Vorwürfe aus der vergangen autoritären Zeit anzuhaften, und ihr werden kaum noch genügend Machtmittel zugestanden, um die Bürger vor randalierenden Halbstarren zu schützen. Andererseits beklagt man h vielfach über polizeiliche übergriffe, und dieser die geistige Unsicherheit kennzeichnende Kontrast beeinflußt auch die Schulbehörden, die vielfach über die Eltern hinweg lebensentscheidende rektionsbefugnisse beanspruchen, aber gleichzeitig einem ochst unsachlichen politischen Einfluß (Parteien, Religionsseilschaften und regionalen öffentlichen Meinungen) unterliegen. Kinder sind Kinder, und alle Hoffnung ist vergeblich, daß Folgen der Hemmungslosigkeit jemals durch eine unnatürlich frühreife Vernünftigkeit ausgeglichen werden könnten. Die gegensätzlichen Forderungen werden nur dann wieder ihr Gleichgewicht zueinander finden, wenn die Voraussetzungen für einen unabweisbaren Respekt vor dem Gemeinschaftsgedanken im Bilde wahrhafter Staatsautorität erfüllt und den Kindern rechtzeitig - ebenso wie Erwachsenen nachdrücklich - Hemmungen deutlich verspürbar eingefloßt werden.

Diese Gedankengänge haben nichts mit dem Verbrechertum zu tun - obwohl sicherlich auch hier die Auflockerung der Staatsautorität verhängnisvoll sein mag -, dagegen mit vielen Randproblemen, z. B. den Hemmungslosigkeiten im Straßenverkehr oder den Unsicherheiten in den Beziehungen zwischen Staatsbeamten und Publikum und besonders beiderseitig in Auseinandersetzungen mit den Steuerbehörden. Ohne Furcht von Versündigungen bleibt in keinem Staat auf Erden der Zusammenhalt erhalten, wenn auch nicht im Sinne ewiger Angst vor dem Ungewissen wie in totalitären Staaten, sondern als Gleichnis zur Gottesfurcht in der

Form eines heiligen Respekts vor dem eigenmächtigen Hoheitsbegriff des Staates, der in grundsätzlichen Dingen auch dann Gehorsam verlangt, wenn die Untertanen die Notwendigkeit nicht ohne sorgfältige Nachprüfung zu beurteilen vermögen. Sicher ist es, daß die produktiven Bürger eines Staates sich am wohlsten fühlen, wenn sie sich von einer schicksalhaft unangreifbaren und langfristig klugesichtigen Macht regiert und geschützt wissen.

Sobald man Vertrauen zum Daseinssinn einer Gemeinschaft hat und der Staatsethik gewiß sein darf, machen die natürlichen Instinkte große Zugeständnisse an Begrenzungen der persönlichen Freiheit, die dann durch eine Art Selbstverständlichkeit unfühbar werden.

51. Der Begriff Demokratie bedingt einen ideal gedachten Dauerzustand, aber auf Erden gibt es überhaupt keinen Zustand, sondern immer nur mehr oder minder harmonische Entwicklungsvorgänge.

Die Idee eines demokratischen Staatsideals gilt gewissermaßen als die endgültige Zielstellung einer jahrtausendelangen Reihe von Vorstufen, gleich als ob von nun an in alle Ewigkeit die Staatsform grundsätzlich festliegen könnte. Solche Illusionen hat es schon oft gegeben, und die Geschichte kennt viele Beispiele für die Ablösung geglaubter Idealzustände durch den Lebenszwang der jahreszeitlichen Natur. Wenn es einen realisierbaren Wunschtraum gäbe, so bestände er in der Beschreibung eines sehr friedlichen Verlaufes von einer ausgelebten Staatsform nach einem fernen - sagen wir demokratischen - Ideal. Man könnte es auch n kommunistisches oder patriarchalisches Ideal nennen, denn die Idealisierung praktischer Erfahrungen würde die Sehnsucht der Menschheit erfüllen können.

Man muß aber dessen sicher sein, daß jede erreichte Stufe, und sei es die Erfüllung höchstmöglicher Wunschträume, eines Tages ausgelebt ist und eine Fortsetzung fordert. Ist eine wirkliche Verbesserung undenkbar, so erzwingt die Natur eine totale Revolution. So ist nun einmal das Schicksal der Menschen so lange, bis sie allesamt an Energien genügend verloren haben werden, um in die langfristigen Perioden der Lebensmüdigkeit zu gelangen.

Ein kluger Staatsmann - sofern ein solches Wesen einmal die [acht zur Verwirklichung seiner Konzeptionen besitzt - sucht ach einer Regierungsform, die dem jeweiligen Entwicklungsstadium seines Volkes entspricht. Er muß wissen, daß die Umstände bei jedem Volk anders gelagert sind, und er muß viele Vorbehalte machen, deren Verwirklichung er auf langfristige Dosierungen verteilt, da schon kleine Überdosierungen die Gefahr katastrophaler Rückschläge im Stile totalitärer Machtballungen heraufbeschwören. Stalin und Hitler sind zwei kennzeichnende Beispiele für das Zurückpendeln der Massenpsyche nach einem allzu stürmischen Fortschritt. Die Menschen müssen immer eine Fülle von Wünschen und Zielstellungen vor Augen haben, und man leistet ihnen keinen Dienst mit einer übereilten Erfüllung. Deshalb wurde allen Revolutionen jeder unmittelbare Erfolg versagt.

52. Keine Demokratie vermag das Problem der Bestenauslese zu lösen, und sei es auch nur in der Mindestforderung der Staatserhaltung. Könige und alle königlich selbstsicheren Staatsführer haben ein begreifliches Interesse daran, möglichst viele tüchtige Mitarbeiter zu gewinnen. Wahlabhängige oder subaltern befugte demokratische Regierungsorgane haben geradezu Angst vor Menschen, die wegen besonderer Tüchtigkeit aus der gestaltlosen Volksmasse herausragen, denn sie sind ihre natürlichen Konkurrenten. Könige und königlich selbstsichere Staatsführer kommen auch bei den größten politischen Talenten ihrer Auslese niemals auf den Gedanken, sie könnten ihnen als Konkurrenten

gefährlich werden. Ihr Fundament ist nicht so sehr eine fachliche Leistungsfähigkeit - dafür dienen ihnen spezielle Ratgeber - als vielmehr die mystische Übereinstimmung ihres persönlichen Egoismus mit dem kollektiven Egoismus des Staates, woraus sich ihr Instinkt für die Wohlfahrt des Ganzen, ihr Vermögen der seelischen Bindung aller Bürger und die natürlichen Formen ihrer symbolischen Berufserfüllung ergeben. Diese Ebene war auch für die ehrgeizigsten Emporkömmlinge unerreichbar.

In Demokratien werden deshalb die unternehmerischen Leute regelmäßig in die Privatwirtschaft abgedrängt, denn selbst ein großer Staatsidealismus erlahmt an den üblichen intriganten Widerständen und an der Aussichtslosigkeit, eine politische Existenz auf Sand zuverlässig verankern zu können.

Aber auch in der Privatwirtschaft ist es so, daß die Bahnbereiter der Demokratie, die Organisationen der Arbeitnehmer und die politischen Sachwalter der Steuerschraube alles daran setzen, die natürlichen Voraussetzungen ehrlicher Leistungserfolge einzuengen oder ganz zu beseitigen. Die Folge dieses Herrschaftsanspruches der Mittelmäßigkeit ist für besonders energiereiche und daher staatlich eigentlich besonders wertvolle Talente die Versuchung, krumme Wege zu gehen oder sich exterritorial an jene internationale Gemeinde anzuschließen, die .s vorteilhafte Leben der steuerfreien Vaterlandslosigkeit führt. Wenn eine Demokratie nicht in die gefühllosen Hände der Geldmächte gerät und unauffällig zu einer Plutokratie entartet, e mit bezahlten Wahlfeldzügen und Lobbyisten regiert; wenn nicht in das Dasein eines von Funktionären streng geregelten Ameisenstaates versinkt; wenn sie nicht die Beute eines Demagogen wird, der sich unter dem Deckmantel der Volkswohlfahrt an einer blutigen Machtausübung berauscht, so geht sie zwangsläufig an der selbstmörderischen Verstümmelung aller wahrhaft tüchtigen Elemente zugrunde.

53. Eine konsequent demokratische Weltanschauung kann immer nur das Vorrecht denkselfständiger Menschen sein, und wegen ihrer kleinen Zahl kann ein wirklicher demokratischer Fortschritt nur durch eine scheinbar undemokratische Bevorrechtigung im Ansehen des Volkes gewonnen werden.

Die Glaubwürdigkeit einer betonten demokratischen Weltanschauung verlangt eine so große Unabhängigkeit, daß auch die andersartige Entscheidung diskutierbar bleiben muß. Wenn Monarchen in alten Zeiten für ihr Volk große Opfer an Mühen und Verzichtleistungen brachten, so bedeutet das schon deshalb einen zuverlässigen Beweis für die Anerkennung der Volkshoheit und für ihre wahrhaft demokratische Gesinnung, weil sie dies freiwillig taten. Die Behauptung Friedrichs II., sich als erster Diener des Staates verpflichtet zu fühlen, ist in den Gedankenbereichen aller bedeutenden Souveräne keine Phrase gewesen, denn sie waren überzeugt, vor Gott oder vor der Weltgeschichte und einem Ethos der Schöpfung über die Erfüllung ihrer irdischen Mission Rechenschaft ablegen zu müssen. Diese Tatsache ist uns von einer großen Zahl vorbildlicher Herrscher verbürgt, und es ist sogar schwer, gute Beispiele für verhängnisvolle Ausnahmen zu finden. Dagegen pflegen Demagogen unter der Devise einer demokratischen Menschheitsbeglückung das ihnen gefügig gewordene Volk bedenkenlos für ihre persönlichen Machtträume verbluten zu lassen.

Wenn unzweifelhaft denkselfständige Menschen trotz der unleugbaren geistigen und körperlichen Abstufungen unter den Menschen das Bedürfnis haben, der Gemeinschaft zu dienen und zumindest in äußeren Formen Achtung vor allen Mitgliedern zu bezeugen, so ist das höher zu bewerten als der Gebrauch von demokratischen Schlagworten. Die Worte Gleichheit und Brüderlichkeit sind mißbraucht und fadenscheinig geworden, denn die - Menschen können sich innerlich niemals näher kommen, als es seit jeher möglich war. Aber

sie können sich in Kleidung, Sprachkultur, Manieren und auch in der Schulbildung angleichen, so daß die Provokationen veralteter Standesvorurteile in Wegfall kommen. Sobald sich jedoch ein Durchschnittsbürger brüstet, ein Demokrat zu sein, so kann er wegen der gerade für ihn mit der gedachten Neuordnung verbundenen Rangerhöhung nur den Beweis einer unnachdenklichen Eigensucht liefern.

Es ist nahe liegend, daß eine angeblich ideelle Weltanschauung mit persönlich sehr vorteilhaft erhofften Begleitumständen keine Beständigkeit verheißt und keine zuverlässige ethische Basis erwarten läßt. Da nun aber die Mehrzahl der Menschen denkunselbständig ist, würden nach Mehrzahlbestimmungen die staatlichen Belange auf materielle Aufgabenstellungen beschränkt

bleiben und überdies keine wahrhaft demokratische Ethik in einem höheren Sinne der Volkswohlfahrt einbeziehen können.

Ein stetiger Fortschritt in Richtung des entwicklungstheoretisch inneren Zieles einer idealen Demokratie kann nur in dem Fall erwartet werden, daß die bisher noch kleine Zahl denkunselbständiger Idealisten zunimmt und einen maßgebenden Einfluß auf die ethische Durchdringung des Volkes gewinnt.

Hans Domizlaff ist eine der großen Ausnahmereisnerungen des vorigen Jahrhunderts. Ausgehend von einer Ausbildung zum Kunstmaler, in der er sich weigerte, auf den Zug des Zeitgeistes - die Schule der abstrakten Kunst - aufzuspringen, entwickelte sich Hans Domizlaff zu einer stilprägenden Persönlichkeit. Er war Kunstmaler, Schriftsteller, Bühnenbildner und Regisseur; Gebrauchsgraphiker und Produktschöpfer; Segler und Kapitän; Mathematiker, Schiffskonstrukteur und Architekt; Sozialphilosoph, Politologe, und Massenpsychologe; Weltreisender, Astronom und Naturschützer; Unternehmer und Werbefachmann: Hans Domizlaff ist der Erfinder der Markentechnik.

Von seinen sozialphilosophischen und politischen Schriften stehen folgende im Vordergrund: »Propagandamittel der Staatsidee« (1932), »Vorsicht, Dämonen! Eine Warnung an die deutschen Intellektuellen« (1947), »Der Sozialisierungstod. Aufruf zur Verteidigung des produktiven Unternehmertums« (1949), »Es geht um Deutschland. Massenpsychologische Stichworte für eine sozialpolitische Reform« (1952), »Die Seele des Staates. Regelbuch der Elite« (1957), »Aufruf zur Gründung eines >Bundes der Reichstreuen< « (um 1960), »Denkfehler« (1964). - Einen zentralen Stellenwert in Hans Domizlaffs Biographie nimmt sein Werk »Brevier für Könige« ein: Ein massenpsychologisches Kompendium, das er 1932 für den früheren katholischen Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning verfaßt hat. Domizlaff wollte damals - in der tiefsten Krise der Weimarer Zeit - Heinrich Brüning das Rüstzeug geben für eine bürgerliche Alternative zur Machtübernahme des Nationalsozialismus. Brüning ergriff diese Chance zur Rettung Deutschlands nicht. Er zog sich zurück. In gleicher Weise versagten die Repräsentanten der übrigen politischen Parteien und Strömungen. Keine der später von Hitler verdrängten Formationen war damals bereit, das politische Ruder in die Hand zu nehmen.



Hans Domizlaff

9. Mai 1892 – 5. September 1971

www.Hans-Domizlaff-Archiv.de

Digitalisiert und in PDF gefasst <http://daten-web.de> für Bernd Schubert